Merseburger Korrespondent

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreis: Vierteljährlich 4,60 Mk.; durch den Boten frei ins Haus 4,80 Mk.; durch die Post 4,80 Mk. ausschließlich Bestellgeld; durch unsere Vertreter auf dem Lande 4,90 Mk. Einzelnummer 10 Pfg.

Geschäftsstelle: Kleine Ritterstr. 3.

Neueste Nachrichten für Stadt und Kreis Merseburg

Anzeigenpreis: Für den siebengespaltenen Millimeterraum 15 Pfg., im Reklameteil 50 Pfg., für Ehrtzeranzeigen und Nachweisungen entsprechender Aufschlag. Platzvorschrift ohne Verbindlichkeit. Schluß der Anzeigen-Annahme: 10 Uhr vormittags.

:—: Telefon Nr. 324. :—:

Nr. 167 — Mittwoch, den 30. Juli 1919. — 46. Jahrg.

Tage des Gerichts.

Die Rechtsparteien und mit ihr alle, die beschuldigt sind, als Kriegshetzer und Kriegsverlängerer tätig gewesen zu sein, machen nach der Erzberger-Rede verzweifelte Anstrengungen, um sich von aller Schuld zu lösen. Ludendorff heißt plötzlich Hasse: er weiß von nichts. Helfferich entschuldigt seine Unwissenheit mit Urlaub und Michaelis, der damalige Reichskanzler versucht es mit einer Ausrede. Aber diese Ausrede ist keine Ausrede, sie entlastet den Reichskanzler nicht, sondern belastet ihn nur. Gegenüber allen Verdunkelungsversuchen muß noch einmal festgestellt werden, was im August 1917 geschehen ist.

Der Münchener Nuntius richtet einen Brief an Michaelis, in dem er von dem englischen Friedensfühler spricht. Michaelis versucht auch in keiner Weise, die politische Bedeutung dieses Fühlers herabzumindern. Das geht daraus hervor, daß er einen Kronrat im Schlosse Bellevue durchsetzt. Ihm erscheint nur der direkte Rückweg über den Nuntius als nicht geeignet, und er wählt aus taktischen Gründen einen Umweg über Spanien. Fest steht weiter, daß die Erklärung hinsichtlich der belgischen Frage, die nach Spanien gegeben wurde, anders lautete als die, die nahezu vier Wochen später an Pacelli gefandt wurde. Wir haben also wiederum das Bild einer zweideutigen deutschen Politik, die einen Friedensfühler an sich schon totschlagen mußte. Festgestellt werden muß aber auch weiter, daß auch in der spanischen Erklärung eine Meinung zum Ausdruck gebracht wurde, der die Mehrheit des Reichstages, die die Friedensresolution vom Juli 1917 angenommen hatte, nicht zustimmen konnte. Belgien ist immer noch als Faustpfand behandelt worden, man verkreicht sich hinter der Ausrede des engen wirtschaftlichen Anschlusses an Belgien, Ludendorff fordert Lüttich anstatt klaren Verzicht und anstatt Bereitwilligkeit zur Wiederherstellung klar auszusprechen.

Es wird jetzt die Veröffentlichung der englischen Note von allen Seiten gefordert. Nach unserer Kenntnis der Dinge kann darüber soviel gesagt werden, daß diese Note tatsächlich als Friedensfühler anzusprechen ist. Aber noch eins muß hervorgehoben werden: Man gibt etwaigen Friedensfühlern nicht die Gestalt von offiziellen Noten, sondern solche Dinge spinnen sich unverbindlicher ab und werden nicht immer gleich schwarz auf weiß fixiert. Es ist durchaus möglich, daß neben einem offiziellen Friedensfühler, der vorhanden war, auch ein inoffizieller Fühler nach Rom ausgestreckt worden ist. Grundlage aller Erörterungen muß einzig und allein der Briefwechsel zwischen dem Münchener Nuntius und dem Reichskanzler Michaelis sein und bleiben. Der Nuntius wird sich gehütet haben, eine Kriegszielerklärung aus der deutschen Regierung herauszulocken, um Deutschland zu schädigen. Eine solche Erklärung war aber nötig, um ausgelegte Friedensfäden zu verknüpfen. Und das eine muß immer wieder gesagt werden: Es hat sich nicht allein um die Friedensmöglichkeit im August 1917 gehandelt, sondern um Friedensmöglichkeiten, die während des ganzen Krieges vorhanden waren und die, das ist die historische Schuld, vernichtet wurden durch die zweideutige Politik unserer Regierung während des ganzen Krieges.

Die Ausführung des Friedensvertrages

Die Angst-Bedingungen der Entente.

Man kann es nicht oft genug wiederholen, daß der Friedensvertrag von Versailles ein Erdrosselungsversuch der Entente ist, der zu einem Mord am deutschen Volke werden muß, wenn er streng durchgeführt wird. Ein grelles Schlaglicht auf den Geist, von dem diese Bedingungen eingegeben worden sind, wirft die Äußerung eines Ententefinanzmannes: „Viele der ungeheuerlichen Friedensbedingungen sind nur Angstprodukte." Das ist doch ein Zeichen der Jämmerlichkeit der „Sieger" im Weltkrieg. Auch über die Undurchführbarkeit dieser Angst-Bedingungen sind sich die Gegner von Anfang an klar. Der südafrikanische General Botha hat es — wie vor ihm schon Smuts — offen ausgesprochen. Bei seiner Rückkehr nach Kapstadt hielt er eine Rede über den Friedensvertrag, in der er sagte, daß der Frieden viele Punkte enthalte, die nach seiner Meinung unausführbar seien. Mit einer von uns noch nicht erreichten Logik fügte er aber hinzu, die Alliierten seien fest entschlossen, den Frieden aufrechtzuerhalten. Sie wollen also einen vorsätzlichen Mord am deutschen Volke begehen, anders läßt sich diese Entschlossenheit nicht deuten.

Berlin, 29. Juli. Mitglieder der Berliner Entente-Kommissionen sind zur Vorbereitung der Übernahme der Verwaltungsbehörden in Oberschlesien nach Oberschlesien abgereist.

Stettin, 28. Juli. Gestern vormittag traf hier der englische Kreuzer „Royantry" und der englische Torpedobootszerstörer „Saume" ein. Die Schiffe haben eine Kommission an Bord, welche die Schiffswerften besichtigen.

Optimismus der Ententefinanzleute.

Ein führender deutscher Finanzmann, der in der Schweiz mit Ententefinanzleuten zur Wiederaufnahme der wirtschaftlichen und finanziellen Beziehungen zusammenkam, erklärte, er sei von den Franzosen und Engländern korrekt, von den italienischen mit Enthusiasmus aufgenommen worden. Die Italiener erklären, daß sie sich nach der Wiederaufnahme der Handelsbeziehungen mit Deutschland geradezu sehnen. Alle Ententefinanzleute zeigen einen erstaunlichen Optimismus hinsichtlich des Wiederaufbaues Deutschlands. Viele der ungeheuerlichen Friedensbedingungen seien nur Angstprodukte, erzeugt durch die Furcht vor der unerstickbaren Lebens- und Schaffenskraft Deutschlands.

Hamburg—New York.

Hamburg, 28. Juli. Die New Yorker Kerrlinie hat eine regelmäßige Dampferverbindung zwischen Hamburg und nordamerikanischen Häfen eingerichtet. Die Hamburg-Amerikalinie teilt hierzu mit, daß sie bereit ist, Anfragen wegen Frachten und Abfahrten zu beantworten.

Direkter Postverkehr zwischen Deutschland und Italien.

Von der Schweizer Grenze wird mitgeteilt, daß der direkte Postverkehr zwischen Italien und Deutschland Ende der letzten Woche in vollem Umfang aufgenommen wurde.

Große Weizen- und Futtermittelzufuhren von La Plata.

Hamburg, 29. Juli. Für die deutsche Regierung wurden im Juni und während des laufenden Monats in La Plata die dort seit Kriegsausbruch aufliegenden Dampfer, die zum überwiegenden Teil in Hamburg beheimatet sind, von der Firma H. Müller & Co. in Buenos Aires mit Weizen und Futtermitteln befrachtet und nach Hamburg, Bremen, Emden und Rotterdam abgefertigt. Von den nach Hamburg bestimmten Schiffen ist der erste der Hamburg-südamerikanischen Dampfschiffahrtsgesellschaft gehörige Dampfer „Statsjuh" von Buenos Aires kommend am Sonntag in Hamburg eingetroffen. Er überbringt von La Plata 6500 Tonnen Weizen. Die anderen beiden nach Hamburg bestimmten Schiffe sind die Dampfer „Vera" und „Oehringen". „Vera" hat La Plata am 5. Juli und „Oehringen" am 13. Juli verlassen. Die beiden Dampfer bringen im ganzen eine Ladung von über 12 000 Tonnen. Nach Bremen sind die Dampfer „Mainen", „Irmgard" und „Alster", nach Emden die Dampfer „Irma" und „Sofia" und nach Rotterdam die Dampfer „Elbe", „Derindje" und „Warrenga" bestimmt.

Selbst Fährschiffe werden beschlagnahmt.

Wie es heißt, will die Entente auch die beiden deutschen Fähren zwischen Warnemünde und Gedser beschlagnahmen. Eine Kommission von Ententefachleuten soll sich deshalb in Warnemünde aufhalten. Die beiden Schiffe sind mehr als 1600 Tonnen groß. Man hofft aber, daß diese Schiffe eine Ausnahme erfahren werden, da sie einem besonderen Zweck der Verbindung mit dem benachbarten neutralen Ausland, dienen. Wenn das aber nicht gelingt, so ist es möglich, daß die Entente auch die Fährschiffe zwischen Saßnitz und Trelleborg beschlagnahmt. Dann würde Deutschland völlig von den skandinavischen Ländern abgeschnitten sein.

Zur Lage im Reiche.

„Erzbergers Volksbetrug."

In der „Kreuzzeitung" erklärt Staatssekretär a. D. Helfferich in einer längeren Darlegung unter der Überschrift „Erzbergers Volksbetrug": Das Telegramm des Foreign-Office an den britischen Gesandten beim Vatikan müsse im ungekürzten Text in der Ursprache unter allen Umständen veröffentlicht werden, und macht dann im einzelnen folgende ausdrückliche Feststellungen, die sich zum Teil inhaltlich mit seinen früheren Ausführungen und mit den Darlegungen des Dr. Michaelis decken.

Helfferich präzisiert seine früheren Ausführungen folgendermaßen:

1. Das Telegramm des Foreign Office an den britischen Gesandten beim Vatikan war nichts anderes als eine Stellungnahme zu der Note, die der Papst am 1. August an alle kriegführenden Mächte gerichtet hatte. Das Telegramm war also kein Schritt aus der Initiative der englischen Regierung.
2. Der Inhalt des Telegramms ist nichts weniger als ein Friedensangebot.
3. Der ernste Wille des Papstes, den Frieden herbeizuführen, hat ihn den kaum aussichtslosen Versuch unternehmen lassen.
4. Der Reichskanzler und der Staatssekretär des Auswärtigen haben den Nuntiusbrief zum Anlaß genommen, eine Entscheidung des Kaisers herbeizuführen, die ihnen für die lückenlose Wiederherstellung der belgischen territorialen Integrität und der vollen belgischen Souveränität vollkommen freie Hand gab.
5. Die neutrale Bertrauensperson wurde dahin informiert, daß Voraussetzung für die Friedensverhandlungen sei, die Erhaltung unseres vorkriegerischen Besitzstandes, einschließlich der Kolonien, die Abtretung von Kriegsentschädigungen und der Verzicht auf einen Wirtschaftskrieg nach dem Kriege.

Die Nachprüfung der britischen Friedensbereitwilligkeit und Handelsbereitschaft hatte ein negatives Ergebnis.

Kühlmann schweigt.

Die Mitteilungen des Generals Ludendorff zu dem Friedensschritt des Nuntius Pacelli im Sommer 1917 deuten zum Schluß darauf hin, daß der damalige Staatssekretär von Kühlmann genau Auskunft über den Verlauf dieser diplomatischen Vorgänge geben könne. Die „B. Z." hat durch ihren Münchener Vertreter bei Herrn von Kühlmann anfragen lassen, ob er zu den Ausführungen des Generals Ludendorff Stellung nehmen wolle. Herr von Kühlmann antwortete daraufhin:

„Das verantwortliche Reichskabinett ist meiner Ansicht nach zuständig, um zu finden, was über wichtige diplomatische Vorgänge in der nächsten Zeit veröffentlicht werden kann. Ich persönlich halte mich zu Publikationen über vertrauliche Vorgänge während meiner Amtszeit ohne Ermächtigung des Auswärtigen Ministeriums nicht für befugt, möchte auch deren Nutzen für unsere Gesamtpolitik bezweifeln. Eine völlige Klärung wird wohl nur möglich sein durch ein Verfahren wie das vor dem Staatsgerichtshof geplante, bei welchem an der Hand des gesamten Aktenmaterials die politischen Ereignisse in ihrem Zusammenhang geprüft werden können.

Dazu wird aus Berlin gemeldet: Staatssekretär von Kühlmann ist von seinem Sommersitz in Bayern in Berlin eingetroffen, um sich der Regierung für die Aufklärung der von Erzberger aufgeworfenen Fragen zur Verfügung zu halten.

Czernin gegen Erzberger.

Das vom Grafen Czernin in der Wiener Presse zum Fall Erzberger veröffentlichte Telegramm, über dessen Inhalt wir bereits orientierten, hat folgenden Wortlaut:

Soweit ich aus den Ausführungen der Presse beurteilen kann, gibt die Rede Erzbergers kein erschöpfendes Bild der Vorgänge. Viele ungemein wichtige Vorgänge werden gar nicht erwähnt und dadurch entsteht ein falsches Bild.

Was meinen von Erzberger erwähnten Bericht vom April 1917 anbelangt, in welchem ich zu einer Beendigung des Krieges durch territoriale Opfer der Mittelmächte riet, so war dieser Bericht ausschließlich für die beiden Kaiser und den Reichskanzler bestimmt. Es bestand damals die begründete Hoffnung, zu einem Verständigungsfrieden, wenn auch mit Opfern, zu gelangen. Von einer nichtverantwortlichen Seite wurde dieser Bericht ohne mein Wissen und hinter meinem Rücken Herrn Erzberger gegeben, welcher denselben nicht geheimhielt. Ich muß aber ausdrücklich konstatieren, daß Herr Erzberger bona fide vorging und der begründeten Überzeugung war, im Sinne seiner Auftraggeber zu handeln, als er die streng geheimgehaltene Tatsache bekanntgab. Der Inhalt dieses Berichtes kam durch das Vorgehen Erzbergers zur Kenntnis unserer Gegner. Jeder, der meinen Bericht liest, kann eine Vorstellung von den Folgen machen. Die Darstellung des Grafen Wedel ist, soweit wie sie mir bekannt ist, völlig richtig. Im übrigen läßt sich seine Darstellung, die vieles andere gar nicht erwähnt, durch Dokumente beweisen, die in meinem Besitze sind. Ich erfuhr von der Übergabe meines Berichtes an Erzberger erst, als es zu spät war.

Die vom Grafen Wedel jetzt besprochenen Tatsachen sind aber nur Glieder einer ganzen Kette unverantwortlicher Nebenpolitik, deren Umfang ich erst ein Jahr später entdeckte und welche meine Demission veranlaßt hatte. Mein demnächst über den Weltkrieg erscheinendes Buch wird, soweit ich es für geboten halte, Klarheit über die politischen Vorgänge bringen und, gestützt auf Dokumente, die Wahrheit erweisen. Czernin.

Verhaftung des Bankbeamtenführers Marx.

Berlin, 29. Juli. Gegen den radikalen Bankbeamtenführer Emonts hat der Staatsanwalt wegen seiner Flucht und wegen seines Erscheinens bei einer Versammlung im Lehrervereinshaus ein Ermittlungsverfahren eingeleitet. Zu diesem war auch der Führer des Allgemeinen deutschen Bankbeamtenverbandes Marx als Zeuge geladen und vernommen worden. Im Laufe der Verhandlung kam der Staatsanwalt immer mehr zu der Überzeugung, daß Marx die Flucht des Emonts begünstigt habe. Der Staatsanwalt hat gestern, da er eine Verdunkelung der Tatsachen befürchtet, die Verhaftung des Marx verfügt.

Das Abflauen der Berliner Streiks.

Nachdem in der Berliner Metallindustrie der Schmiedestreik durch einen Vergleich des Schiedsgerichts beendet ist, kann auch der Betrieb in den stillgelegten Siemens- und Schuckertwerken wieder aufgenommen und vor allem die entlassenen Arbeiter in sämtlichen Werken wieder eingestellt werden. Damit ist wahrscheinlich in der Metallindustrie der Frieden zum größten Teil wiederhergestellt. Man hofft, daß die Verhandlungen zwischen den Leitern der Siemens- und Schuckertwerke und ihren Arbeitern zu einem allseitig befriedigenden Ergebnis führen werden. Zu diesem Zwecke finden Montag vormittags Verhandlungen vor dem Schiedsgericht statt, an denen auch ein Vertreter des Reichsarbeitsministeriums teilnehmen wird.

Auch im

Streik der Berliner Telegraphenarbeiter

ist durch die Nachgiebigkeit der Behörden eine Entspannung eingetreten. In einer Versammlung am Sonntag teilte der Führer der Streikleitung,

Neueste Nachrichten.

Renner über Deutsch-Oesterreich.

Wien, 29. Juli. Nach einer Meldung des Korr.-Büros hat der Staatskanzler Dr. Renner an den Präsidenten Dr. Seitz ein Schreiben gerichtet, in dem er u. a. ausführt: Eine Mauer von Vor- und Urteilen ist gegen unser Volk im Auslande aufgerichtet. Man kennt dort nicht die stark beschränkten Verhältnisse, in denen wir zu leben gezwungen waren, und kennt auch nicht den Grad der Einflußlosigkeit unseres Volkes auf die Geschicke des Reiches. Wohl dämmern im Volke schon die Ahnung, daß uns furchtbares Unrecht geschehen, aber vielfach sind seine Völker durch Verträge gebunden, die sie selbst im Drange der Kriegsereignisse geschlossen haben, und welche sie jetzt nicht wieder lösen können. Man muß sich mit dem Gedanken vertraut machen, daß dieser Friedensvertrag noch kein Instrument des Rechtes ist, sondern eine Schöpfung des Krieges wird, der bekanntlich immer mehr Unrecht schafft, als er tilgt. Deshalb allein wird unser Volk noch nicht verzweifeln, so lange es die Berufung an eine höhere Instanz offen steht. Diese höhere Instanz kann der Völkerbund werden, wenn er sich tatsächlich als eine friedliche Vertretung aller abendländischen Kulturvölker auf der Grundlage der Freiheit und Gleichheit weiter entwickelt. Deutsch-Österreich kann in der Lage, in der es sich befindet, kaum leben. Es wird nicht Großmachtpolitik, noch auch Nachbarschaftspolitik machen, sondern ausschließlich Völkerbundspolitik. Es braucht Ruhe und wünscht in keine der Affären Europas verwickelt zu werden, am allerwenigsten aber einbezogen zu werden in einen neuen Balkan, zu dem sich der Südosten Europas zu entwickeln droht.

Die Pleite der ungarischen Räteregierung.

Wien, 29. Juli. (Priv.-Telegr.) Infolge der Niederlage der Roten Armee ist die Stellung der ungarischen Räteregierung sehr erschüttert. Heute erschien ein ungarischer Volkskommissar bei den Wiener Entente-Vertretern und machte den Vorschlag, man möge Verhandlungen einleiten, die den friedlichen Rücktritt der Räteregierung und die Einsetzung eines neuen Regimes in Ungarn zum Zwecke hätten. Dieser Vorschlag wurde von dem englischen Obersten Cunningham nach Paris weitergegeben.

Wilhelm II in den Tower.

Rotterdam, 29. Juli. (Priv.-Telegr.) Die Londoner „Times" will erfahren haben, daß im Tower in London Räume für die Aufnahme des ehemaligen deutschen Kaisers hergerichtet werden.

Rücktritt finnischer Truppenführer.

Amsterdam, 29. Juli. (Priv.-Tel.) Der hiesige Telegraf meldet aus London, daß die „Times" aus Helsingfors berichtet: General Mannerheim hat seine Stelle als Oberbefehlshaber der finnischen weißen Garde niedergelegt. Auch der General Linder ist von seiner Stelle als Inspekteur der Kavallerie zurückgetreten.

Beendigung des Telegraphenarbeiterstreiks in Berlin.

Berlin, 29. Juli. (Priv.-Telegr.) Der Telegraphenarbeiterstreik kann als beendet angesehen werden. Die am 22. Juli entlassenen Angestellten werden wieder eingestellt. Die Arbeit wird heute wieder aufgenommen. — Der Schiedsspruch im Streik in den Siemenswerken wurde von den Arbeitern noch nicht endgültig anerkannt.

Der Schiedsspruch im Siemens-Streik.

Berlin 29. Juli. (Priv.-Telegr.) In später Nachtstunde hat das Schiedsgericht in der Metallindustrie die Entscheidung über die Streitigkeiten zwischen der Leitung der Siemens-Schuckertwerke und ihren Arbeitern getroffen. Der Schiedsspruch hat folgenden Wortlaut: Der Schlichtungsausschuß ist der Auffassung, daß der Betriebsleitung das Recht gewährt werden muß, Bekanntmachungen, die sie im Interesse des Betriebes zu machen hat, am schwarzen Brett und daß kein Arbeiter oder Angestellter berechtigt ist, solche Anschläge zu entfernen. Die Bekanntmachungen sind jedoch, soweit sie Arbeiterfragen betreffen, vorher dem Arbeiterausschuß bezw. Arbeiterrat vorzulegen.

85 Milliarden als erste Rate.

Rotterdam, 29. Juli. (Priv.-Telegr.) Reuterbüro meldet aus Paris, daß die Alliierten die erste finanzielle Anforderung an Deutschland von dem Jahresabschluß 1919/20 auf 85 Milliarden Mark festgesetzt haben.

Der Handelsverkehr mit England.

Köln, 29. Juli. (Priv.-Telegr.) Der „Köln. Ztg." wird aus Paris gemeldet: Die englische Regierung veröffentlichte ein Memorandum, das die Bedingungen festsetzt, unter denen der Handel mit Deutschland und den anderen feindlichen Ländern nach der Aufhebung der Blockade wieder aufgenommen werden kann. Dieses Dokument unterstreicht besonders, daß es im Interesse Englands liegt, die Einfuhr nach Möglichkeit zu fördern. Waren aller Gattungen können auch aus Deutschland ohne Lizenzen eingeführt werden.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319190730-10/fragment/page=0001

Valentini, den Postboten und Postaushelfern mit, daß die Streikleitung auf der restlosen Wiedereinstellung aller entlassenen Telegraphenarbeiter und Arbeiterinnen bestanden und keinen Anlaß darüber gelassen habe, daß der Ausstand auf das ganze Reich übergreifen werde, wenn der Streik bis Montag abend nicht beendigt sei. Der Oberpostdirektor habe aber die Zusicherung gegeben, daß er sich sofort mit dem Postminister in Verbindung setzen und die Wiedereinstellung der Entlassenen befürworten werde. Sollte die Zustimmung des Ministers im Laufe des Montags eintreffen, so könne in einer Abendversammlung der Ausständigen der Streik für beendet erklärt werden.

Deutsche Nationalversammlung.

Weimar, 28. Juli.

Am Regierungstische: David, Erzberger, Müller, Preuß.

Präsident Fehrenbach eröffnet die Sitzung um 2.20 Uhr. Auf der Tagesordnung steht die

Fortsetzung der allgemeinen politischen Aussprache über die Erklärungen der Regierung.

Abg. Loebe (Soz.) wiederholt den Antrag, den Gesetzentwurf über den Staatsgerichtshof, der an zweiter Stelle auf der Tagesordnung steht, mit der allgemeinen politischen Debatte zu verbinden. Die Frage des Staatsgerichtshofs stehe mit diesem Gegenstand in Verbindung.

Abg. Schulz-Bromberg (Dn.) erhebt dagegen Widerspruch.

Abg. Haußmann (Dem.) stimmt dem Antrage Loebe zu.

Der Antrag Loebe wird mit großer Mehrheit angenommen.

Reichsminister des Innern Dr. David: Die Frage nach der Schuld am Kriege, nach der Verantwortlichkeit für seine Verlängerung und für seinen Verlust bewegt heute alle Teile unseres Volkes aufs tiefste, und deshalb hat die Regierung den dringenden Wunsch, daß der Entwurf eines Staatsgerichtshofs so rasch wie möglich verabschiedet wird. Über die Herren von der Rechten scheinen zu fürchten, daß die Ergebnisse der Untersuchungen eines solchen Staatsgerichtshofs den früheren Machthabern und dem früheren Regierungssystem nicht günstig sein möchten. Es liegt ein Antrag Heinze vor, der darauf hinausgeht, den Entwurf völlig zu verwässern. (Abg. Kahl: Objektiver zu gestalten!) Er wünscht, daß unter Ausschluß aller dem Parlament angehörigen Personen ein Ausschuß eingesetzt werden soll, der sich zusammensetzen soll aus namhaften Historikern und parlamentarisch geschulten Juristen. Wir sind der Meinung, daß unser Entwurf eine viel solidere und bessere Gewähr bietet für eine gründlichste, und objektive Arbeit. Er sieht vor die Einsetzung des parlamentarischen Ausschusses von 15 Mitgliedern, indem alle Parteirichtungen vertreten sind, und der die Vorarbeiten erledigen soll. Dazu tritt dann als zweite Instanz der Staatsgerichtshof, zusammengesetzt aus fünf Berufsrichtern und zehn weiteren Mitgliedern, die je zu je fünf vom Staatenausschuß und von der Nationalversammlung gewählt sind. Damit sind alle Garantien gegeben, daß auch vom rein juristischen Standpunkt bei der Beratung und Beurteilung des Materials nichts versäumt wird. Was die Reichsregierung anlangt, so wünscht sie weiter nichts als Wahrheit und Gerechtigkeit nach allen Seiten hin. Die den Waffenstillstand betreffenden Dokumente werden schon in den allernächsten Tagen der Öffentlichkeit unterbreitet. (Bravo!) Die volle Wahrheit, die auf diese Weise an den Tag kommen wird, mag für einzelne schmerzlich und folgenschwer sein. Der Gesamtheit des Volkes wird sie zum Segen gereichen. (Beifall.)

Abg. Gothain (Dem.): Der Abg. Haase hat unsere Haltung in der Friedensfrage bemängelt. Ich stelle fest, daß wir von vornherein den Friedensvertrag für unerträglich und unerfüllbar und deshalb auch für unannehmbar gehalten haben. Wir haben das bei ausdrücklich hervorgehoben, von den Folgen unserer Haltung keine Furcht gehabt. (Widerspruch der Unabhängigen Sozialdemokraten.) Das von Herrn Graefe so heftig angegriffene parlamentarische System muß sich erst einleben und dabei mit ungeheuren Schwierigkeiten zu kämpfen. Unbeitreibar hat der letzte Träger der Kaiserkrone die Beziehungen zum Auslande persönlich mehr gefährdet als verbessert, infolge seines Mangels an Erkenntnis der politischen Notwendigkeiten. (Sehr richtig!) Er trägt einen persönlichen Teil der Schuld an unserem Unglück. (Erneuter Beifall.) Wir verteidigen aufs schärfste die republikanische Staatsform (Anhaltender lebhafter Beifall.) Es wird immer überschen, daß Wilsons Friedensvermittelungsversuch nicht seiner eigenen Initiative entsprang, sondern, daß er von uns unmittelbar aufgefordert worden war. Als er sich endlich bereit erklärte, handelte er sofort und in einer militärisch günstigen Lage, und da wollte man ihn wieder ausschieben durch das eigene Friedensangebot. Als es trotzdem Bernstorff gelungen war, den Schwer gekränkten Präsidenten zur Fortsetzung seines Versuches zu veranlassen, da erhielt er durch uns einen Schlag ins Gesicht durch die Erklärung des uneingeschränkten U-Boot-Krieges. Die Entscheidung darüber ist in einer Kabinetssitzung vom 8. Januar 1917 gefallen in Anwesenheit Bethmanns und des Staatssekretärs des Äußern. (Lebhafte Bewegung; Zurufe: Schuld der Konservativen.) Nein, das war nicht nur eine Schuld der Konservativen; die Mehrheit des Reichstages trifft hier eine Mitschuld. Im Haushaltsausschuß ist auf Antrag Gröber beschlossen worden, die Entscheidung über den U-Boot-Krieg sei als rein militärische Frage allein durch die militärischen Gewalten vorzunehmen. (Widerspruch des Abg. Gröber.) Über die Versöhnungspolitik hat sich meine Partei bereits mit den Nationalliberalen und den Mehrheitssozialisten verständigt, als Erzberger seine große Rede im Ausschuß hielt. Sie brachte uns nur die Gewißheit, daß auch das Zentrum für einen Verständigungsfrieden sei. Herandrängen an den Volkerbund sollen wir uns nicht. Wir hoffen, daß die sittlichen Kräfte unseres Volkes die Krise überwinden wird. (Beifall bei den Demokraten.)

Reichsminister des Auswärtigen Müller: Die Fragen der Auswanderung und der Arbeitsattachees im diplomatischen Dienste werden bereits von der Regierung mit Aufmerksamkeit verfolgt. In der Frage der Räumung des Baltikums ist schon vor längerer Zeit ein Übereinkommen zustande gekommen, daß ein Nachschub in das Baltikum nicht mehr stattfinden soll. In dem Falle Krebs ist zu sagen, daß die Tiroler Behörden Krebs nach Norwegen ausgeliefert haben. Das Auswärtige Amt hat über dessen Exterritorialität ein Gutachten abgegeben und diese verneint. Radek wird freigelassen werden, sobald die russische Sowjetregierung erklären wird, daß er mit ihrer Genehmigung nicht wieder nach Deutschland zurückkehren wird. Der damalige Reichskanzler Prinz Max von Baden wollte die Friedensvermittelung nicht sofort unter dem Drucke des militärischen Zusammenbruches in die Hand nehmen. Er richtete deshalb die bestimmte Anfrage an die Oberste Heeresleitung, ob diese sich bewußt sei, daß die Einleitung einer Friedensaktion unter dem Drucke der militärischen Zwangslage zu dem Verluste deutscher Kolonien und deutschen Gebietes führen könne. (Hört, hört!) Die Oberste Heeresleitung erklärte, daß sie bei der Forderung der sofortigen Übermittelung des Friedensangebotes stehen bleiben müsse. (Hört, hört!) Die militärische Lage führte also zum Waffenstillstand. Der Minister Erzberger hat also durchaus recht gehabt. Zu dem Schritte, den der Nuntius Pacelli am 30. August 1917 unternahm, habe ich für heute nur folgendes zu erklären: Das Schreiben des Nuntius ist, wie wir inzwischen festgestellt haben, erst am 5. September in Berlin eingetroffen. (Hört, hört!) Dadurch wird die Spannung auf 19 Tage vermindert. Die Frage der englischen Regierung war als Anlage dieses Schreiben beigegeben. Sie hatte kein Datum und lautete in Übersetzung:

„Wir haben noch keine Gelegenheit gehabt, unsere Verbündeten über die Note Seiner Heiligkeit zu befragen, und sind nicht in der Lage, uns über eine Beantwortung der Vorschläge Seiner Heiligkeit betreffend Bedingungen eines dauernden Friedens zu äußern. Unserer Ansicht nach besteht keine Wahrscheinlichkeit dafür, daß sie viel näher zu kommen, so lange sich nicht die Zentralmächte und ihre Verbündeten in offizieller Form über ihre Kriegsziele und darüber geäußert haben, zu welchen Wiederherstellungen und Entschädigungen sie bereit sind, durch welche Mittel in Zukunft die Welt vor der Wiederholung der Greuel, unter denen sie jetzt leidet, bewahrt werden könnte. (Hört, hört!) Selbst hinsichtlich Belgiens — und in diesem Punkte haben die Zentralmächte anerkannt, im Unrecht zu sein — ist mir nicht niemals eine bestimmte Erklärung über ihre Absicht bekannt geworden, die völlige Unabhängigkeit wiederherzustellen und die Schäden wiedergutzumachen, die sie es hatten erdulden lassen. (Hört, hört!) Seiner Eminenz hätte es gewiß sehr gefallen, daß die Alliierten zweifellos die Erklärungen gegenwärtig sein, die von den Alliierten in Beantwortung der Note des Präsidenten Wilson abgegeben worden sind. Weder von Österreich noch von Deutschland ist jemals eine solche (äquivalente) Erklärung erfolgt. Ein Versuch, die Kriegführenden in Übereinstimmung zu bringen, erscheint so lange vergeblich, als wir nicht über die Punkte im Klaren sind, in denen ihre Ansichten auseinandergehen. Aus diesem Schreiben geht zur Evidenz hervor, daß die belgische Frage das Kernproblem der Friedenskrage war. (Sehr richtig!) Neben diesem Schritte ging ein anderer Schritt einher. Durch das Auswärtige Amt war Fühlung geschaffen worden mit einem neutralen Diplomaten zu dem Zwecke, daß er mit England Fühlung nehmen solle, und dieser Schritt war bereits eingeleitet, bevor die Note des Nuntius in Berlin eingetroffen war. Die belgische Frage war dann im Kronrat vom 11. September zum Gegenstand einer Beratung gemacht worden. Aufzeichnungen über die Tagung dieses Kronrates konnten bisher im Auswärtigen Amte leider noch nicht gefunden werden. Über die Vermittelung der neutralen Macht ist inzwischen einiges bekannt geworden. Ich bin in der Lage, mitzuteilen, daß es sich dabei um einen spanischen Diplomaten gehandelt hat. Dieser soll damals streng vertraulich mitgeteilt haben, daß eine hochgestellte Persönlichkeit in Berlin dem dortigen spanischen Botschafter gegenüber den Wunsch geäußert habe, mit England in Friedensverhandlungen zu treten. Spanien habe abgelehnt, aber es nicht für angezeigt gehalten, diese Erklärung Deutschlands vor England zu verheimlichen. Der englische Botschafter antwortete, er wisse nicht, wie seine Regierung sich verhalten würde, werde aber nachfragen. Bedingung sei, die Ansprüche Deutschlands zu kennen. Die englische Regierung habe den Alliierten mitgeteilt, sie werde mit aller möglichen Vorsicht eintreten. Dem Botschafter gab sie die Antwort, die Regierung werde bereit sein, eine Mitteilung anzunehmen, die Deutschland machen würde. Diese Mitteilung würde sie ihren Verbündeten weiterreichen. Das deutsche Ziel sei doch nur ein Manöver Kühlmanns gewesen, um die Friedensbedingungen, die Deutschland gestellt würden, kennen zu lernen.

Eine genaue Kenntnis der deutschen Kriegsziele war nicht zu erhalten. Dem Einwurf gegenüber, daß große Erfolge an der Westfront erzielten seien und infolgedessen die Stimmung im Lande sich gehoben und ein Umschwung in der Lage sich vollzogen habe, sei dawider geltend gemacht, daß der Geist der deutschen Soldaten entsprechend gesunken sei. Daraus entnehme ich als zweifellos, wie die alliierten Regierungen die militärische und politische Lage auffaßten: sie waren ihrer Sache sicher, hatten Amerika auf ihrer Seite und waren, wie Lloyd George es ausdrückte, fest überzeugt, daß sie Sieger sein würden. Deshalb verlangen sie genaue Präzisierung des Kriegszieles. Dreierlei stelle ich nun fest: Erstens, daß der Reichskanzler Michaelis den Parteiführern von der Note Pacellis vom englischen Friedensangebot nichts mitgeteilt hat (Hört, hört), zweitens, daß den Parteiführern die Angabe einer präzisen Erklärung über Belgien versprochen wurde, und drittens, daß die Antwort Michaelis' auf die Note genau das Gegenteil einer solchen präzisen Erklärung ist. Über den Fall Mannheim verstehe ich vollkommen die Erregung in den Kreisen der Bevölkerung. Die Hauptsache ist, festzustellen, ob die Stadt Berlin völkerrechtlich mit einer Buße von einer Million Franken in Gold belegt werden kann. Wir erkennen die Forderung nicht als berechtigt an. (Beifall.) Meine Rede soll nichts als Fürsorge für das Wohlergehen sein. Soll ich etwa als Minister des Auswärtigen hier eine Rede halten, wie Graf Westarp auf dem deutschnationalen Parteitag? (Heiterkeit.) Sie war geradezu auf die Eroberung der uns entrissenen Gebiete eingestellt. Meine Politik muß auf Erhaltung des Deutschtums im Auslande eingestellt sein. Ich bin, entgegen der Behauptung meiner Gegner, dem Völkerbund nicht nachgelaufen. Ich habe allerdings an die Völker appelliert, für eine bessere Ausgestaltung des Völkerbundes zu wirken; denn darin erblicke ich die notwendige Revision des Vertrages. (Lebhafte Zustimmung in der Mitte und links.) Bismarck hätte es niemals dahin kommen lassen, daß sich Generale so in die Politik eingemischt hätten, wie es in diesem Kriege geschehen ist. Lesen Sie, was er über die Fallensteller geschrieben hat. Wie Ludendorff die Kraft Deutschlands von Finnland bis Mesopotamien verzettelt und zersplittert hat, darf kein wahrer Feldherr handeln. (Lebhafter Beifall.) Ludendorff ist neben Tirpitz der größte Verderber gewesen. (Anduauernder lebhafter Beifall in der Mitte und links, der sich verstärkt, als die Deutschnationalen zornglühend „Pfui!" rufen.) Ich werde meine Politik entsprechend meinem Programm weiterführen, solange ich das Vertrauen der Mehrheit dieses Hauses hinter mir weiß. (Anhaltender Beifall in der Mitte und links.)

Abg. Schulz-Bromberg (Dn.): Die Enthüllungen Erzbergers über das durch den Papst vermittelte englische Friedensangebot sind ergänzungsbedürftig, wenn die reine Wahrheit festgestellt werden soll. Vermutlich liegt kein englisches Friedensangebot, sondern nur die Antwort Englands auf die Friedensnote des Papstes vor. Erzbergers Ausführungen über das Friedensangebot stehen in schärfstem Widerspruch mit den bestimmten Erklärungen der feindlichen Staatsmänner, daß niemals ein Friedensangebot an Deutschland erfolgt ist. (Lebh. Zustimmung rechts.) Weshalb hat Erzberger nicht damals seine große politische Macht für die Klärung der Dinge eingesetzt? (Anduauernder Lärm links; Beifall.) Erzberger hat hier bestritten, daß Graf Czernin ihn veranlaßt habe, nach Wien zu kommen, um Rechenschaft abzulegen. Wir wußten davon nichts, hatten also keine Verantwortung. Aber Herr Erzberger hatte die Fäden in der Hand, hatte Kenntnis von den Dingen und hat damals nichts. Die Vaterlandspartei wollte den Vaterlande in der Seelennot eine moralische Stütze sein und den Siegeswillen aufrecht erhalten. Sie ist den Soz. werden wohl schon heute im stillen Kämmerlein in sich gehen und die Vorwürfe gegen uns bedauern. (Lärm und erregte Zwischenrufe bei den Soz.) Meine Herren, schämen Sie sich nicht? (Auf bei den Soz.: Nein, nein! Anduauernder Lärm.)

Vizepräsident Haussmann bittet den Redner, solche Ausdrücke, die gegen die Ordnung des Hauses verstoßen, zu unterlassen.

Reichsministerpräsident Bauer: Ich habe nicht, wie Herr Haase behauptet, einen gesetzlichen Arbeitszwang angekündigt, sondern ausdrücklich erklärt, die Regierung denke nicht daran, mit Zwangsmaßnahmen vorzugehen. Deutschland hat für die Demokratisierung und den Sozialismus bisher mehr geleistet als Österreich. Die Berichte über die Beteiligte wird noch in dieser Woche der Nationalversammlung zugehen. Die Streiks in diesem Ausmaße sind die

Folge der verbrecherischen Politik der herrschenden Klassen bis zur Revolution.

Für die Sünden des alten Regimes Verantwortung zu übernehmen, muß die neue Regierung ablehnen. Sie würde sonst Selbstmord begehen. Eine Rückkehr der Monarchie ist für alle Zeit ausgeschlossen. (Rufe rechts: Abwarten!) Die Engländer haben allerdings weitgehende Forderungen aufgestellt, aber sie haben immer wieder ihre Bereitwilligkeit zu einer Verständigung erklärt, sobald Deutschland einmal seine Kriegsziele wirklich klar umschrieben bekannt geben würde. Das hat aber die deutsche Regierung stets abgelehnt oder wenigstens vermieden. (Sehr richtig! links.) Reichsminister Erzberger hat am Freitag den geheimen Notenwechsel bekannt gegeben. Darauf sind inzwischen schon Erklärungen des Reichskanzlers Michaelis und des Generals Ludendorff erschienen. Gegenüber diesen beiden Erklärungen gebe ich ihnen zwei Niederschriften aus jenen Tagen bekannt, die eine am 12. September 1917, also am Tage nach dem Kronrat von Herrn Michaelis an Herrn Generalfeldmarschall Hindenburg gerichtet, die zweite vom 15. September 1917, die Antwort Hindenburgs enthaltend, der eine Denkschrift Ludendorffs beiliegt. Herr Michaelis schreibt am 12. September 1917 u. a. an Hindenburg:

„Nach Abschluß der gestrigen Verhandlungen unter Vorsitz Se. Majestät drängt es mich, Ihnen und General Ludendorff den Dank dafür auszusprechen, daß Sie helfen in so weitsichtiger Weise und weitab vom einseitigen Standpunkt militärischer Gesichtspunkte mich darin unterstützt haben, mir ohne Rückhalt für den Fall zu umgehen, daß wir bald, etwa im Herbst oder Frühjahr, zu Friedensverhandlungen kommen. Ich nehme als Forderungen der Obersten Heeresleitung, an denen unbedingt nach ihrer Meinung festgehalten werden muß, in unsere Verhandlungspläne auf, daß Sie helfen zum Schutz unserer westlichen Industrie in erster Linie Lüttich und die Sicherungsgelände fordern, und daß, wenn Belgien als getan hat, was zur Sicherung des wirtschaftlichen Lebens des Ausschlusses von uns gefordert wird, was natürlich mehrere Jahre von den ersten Friedensverhandlungen ab dauern würde, die militärische Sicherung fortfallen kann. An Eure Exzellenz habe ich nur die bringende Bitte, daß wenn, wie zu erwarten, Besucher ins Hauptquartier kommen, die einer einseitigen, anexionistischen Richtung angehören, diesen von ihrer Auffassung Kenntnis zu geben, damit die extremen Wünsche eingedämmt werden. Man muß von vornherein vorhalten, was die Feinde mit uns vorhatten, und was wir erreichen."

Ich habe darauf die Antwort Hindenburgs vom 15. September, worin es u. a. heißt:

„Ich verehle mir nicht, daß in der Marine und in weiten patriotischen Kreisen ein Verzicht auf die flandrische Küste als ein schwerer Schlag empfunden wird, aber man gewöhnt sich, wenn die Aussicht auf Eurer Exzellenz der Marine zuerkannten Kompensationen zur Tat werden. Ich sehe mit General Ludendorff diese Kompensationen in Stützpunkten in und außerhalb unseres Kolonialreiches. Die wirtschaftliche Angliederung Belgiens an Deutschland wird ohne einen Druck auf Belgien auch nach Friedensschluß nicht abgehen. Hierzu wird eine mehrjährige Okkupation dienen, die aus militärischen Gründen auch dann nötig werden wird, wenn England und Amerika Frankreich der Lage sind und bleiben, können wir die erforderlichen militärischen und Verwaltungsmaßnahmen treffen. Ich vermag mir daher nicht zu denken, daß wir in irgend einer absehbaren und vertragsmäßig festgesetzten Zeit aus Lüttich herausgehen können."

(Mit erhobener Stimme):

Und das nennt Michaelis maßvolle Kriegsziele!

(Widerspruch rechts; ungeheurer Lärm links; Rufe: Und Ludendorff wußte nichts.) Weiter heißt es in dem Schreiben:

„Die schweren Schäden, die wir den Nachbarn zugefügt haben, sind eine unvermeidliche Notwendigkeit des Krieges gewesen. Das Verständnis, daß Entschädigungen dafür in Frage kommen könnten, darf bei unserer militärischen Lage nicht vorausgesetzt werden."

Und schließlich die entscheidende Stelle aus der dem Briefe beiliegenden Ludendorffschen Denkschrift, die eine eigenartige Beleuchtung für die im Kronrat gefundene Formel über Belgien abgibt:

„Wir müssen das Gebiet zu beiden Seiten der Maas und südwestlich St. Vith fest in der Hand behalten. Bisher sehe ich nur in der Einverleibung durch das deutsche Reich das Mittel dazu zu erreichen. Ob es ein anderes Mittel gibt, muß sich dahin gestellt sein lassen. Vorläufig scheint es mir noch nicht gefunden. Der Besitz der Maaslinie allein genügt nicht, um dem Industriegebiet die erforderliche Sicherheit zu geben. Wir müssen ein englisch-belgisch-französisches Heer noch weiter zurückschieben. Das kann nur dadurch geschehen, daß Belgien wirtschaftlich so eng an uns angeschlossen wird, daß es auch seinen politischen Anschluß an uns sucht. Der wirtschaftliche Anschluß wird ohne starken militärischen Druck, längerer Okkupation und ohne Besitzergreifung von Lüttich nicht ins Werk zu setzen sein. Die Neutralität Belgiens ist ein Phantom, mit dem praktisch nicht gerechnet werden darf."

Aus diesen Schriftstücken ergibt sich, daß über Belgien keine bindende Antwort gegeben wurde. Keine neutrale Macht der Welt hätte damals angesichts der wachsenden Teilnahme Amerikas einen so völlig unzureichenden Vorschlag über Belgien weitergegeben. Gleichzeitig wurde die Vaterlandspartei begründet, die die Forderungen der Heeresleitung unterstützte.

Wer stand nun hinter der Vaterlandspartei und lieferte ihr die reichen Mittel für ihre annexionistische Raserei? (Zuruf rechts: Abg. Trunk.) Schwerlich! (Lebhafter Lärm links; Rufe: Politische Schurken, Vaterlandsverräter; der Präsident läutet, nur abgerissene Worte des Redners dringen durch.) Das deutsche Volk wird sie zur Rechenschaft ziehen. (Erneute wilde Zurufe links: Verbrecherbande! Anduauernde stürmische Bewegung.) Ich frage: Wo kamen die Mittel her? (Erneuter großer Lärm.)

Was wir ferner lernen Ehrl und der Schwerindustrie.

Eines lernen wir aus diesem Kriege, nämlich, daß ein Volk sich nicht besser schützt gegen die Wiederholung solcher Dinge, als wenn es die reichen Erwerbsquellen, die die Großindustrie besitzt, in den Besitz der Allgemeinheit überführt. (Stürmischer Beifall links; anduauernde große Unruhe.) Gegen die Agitation, ob sie von rechts oder links geführt wird, gibt es nur ein Gebot — (Zuruf: Arbeit! Große Heiterkeit, die auf der Linken zu stürmischer Entrüstung wird; der Präsident läutet, während ein wiehender Lärm ausbricht) Ihre Klassengenossen — da gibt es Existenzen genug, die anderen sollten. (Neuer großer Lärm.) Der Staatsgerichtshof wird über Schuld und Unschuld am deutschen Volke entscheiden. (Stürmischer Beifall links; Zischen rechts.)

Vizepräsident Haußmann: Der Ministerpräsident hat von der Gewissenlosigkeit des Abg. von Gräfe gesprochen. Dieser Ausdruck verstößt gegen die Ordnung des Hauses. Ich bitte, ihn nicht zu wiederholen. (Heiterkeit und Beifall.)

Reichsminister Erzberger: Meine Ausführungen sind nicht in einer einzigen Zeile entstellt worden. Zu dem Briefe des Nuntius Pacelli war klar zum Ausdruck gebracht, daß eine verbindliche Antwort die Friedensverhandlungen erleichtern würde. Die Voraussetzungen für ihre Anbahnung waren erstens eine bestimmte Erklärung Deutschlands über seine Kriegsziele, zweitens eine bestimmte Erklärung über Belgien. Der Brief ist am 28. August abgegangen. Warum er erst am 5. September eingetroffen ist, weiß ich nicht. Und die Antwort erfolgte am 24. September. Das sind nahezu vier Wochen. (Die Ausführungen des Ministers werden von der Rechten ständig durch Zurufe unterbrochen.) Von Ihnen (nach rechts) ist jeder Gedanke eines Verständigungsfriedens systematisch bekämpft worden. Die offizielle Depesche war selbstverständlich erst ergangen nach vorheriger Fühlungnahme mit den beiden Mächten, und zwar, als die Friedensresolution des Reichstages bereits vorlag. Wer trägt die Schuld an diesem völligen Fiasko aller Friedensvorarbeit: Graf Westarp, die rechtsstehende Presse und die rechtsstehenden Parteien, die Vaterlandspartei. (Anduauernde große Unruhe rechts.) Man mutete Belgien noch viel schlimmeres zu, als nur eine Annexion. Eine konfusere Regierung wie die vom September 1917 ist gar nicht denkbar. (Fortwährende Unruhe.) Wir wurden damals fast [illegible] gedrängt, auf unserem Verlangen nach einer Erklärung über Belgien nicht zu verharren. Denn es würde auf andere Weise eine befriedigende Erklärung über Belgien an die Feinde gelangen. Diese Erklärung aber konnte der Reichskanzler nicht wagen, dem deutschen Volke mitzuteilen; sonst wäre er verjagt worden, und das Volk hätte sicher damals die Zügel selbst in die Hand genommen. Wir sind damals vom Reichskanzler Michaelis irregeführt worden. Der Beschluß des Kronrates konnte nicht mitgeteilt werden, denn er wäre als eine Brüskierung des Vermittlers aufgefaßt worden. In der Öffentlichkeit hat Michaelis der Papstnote zugestimmt, unter der Lupe erklärte er jetzt: Der heilige Stuhl hat nicht die Sicherheit unbedingter Vertraulichkeit. Die Unterstellung des Reichskanzlers Michaelis, daß ich einer Indiskretion fähig gewesen wäre, weise ich mit stärkstem Nachdruck als die letzten Ausflüchte des Schwerbeschuldigten zurück. Die „Hamburger Nachrichten" haben ein Schreiben des Grafen Czernin veröffentlicht, in dem es heißt, er habe mich zur Rechenschaft nach Wien zitiert. Ich stelle fest, ich bin nicht nach Wien zitiert worden. Ich hätte auch einem solchen Rufe gar nicht Folge geleistet. Unter dem 20. April 1918 hatte der polnische Ministerpräsident ein Schreiben an die Reichsregierung gerichtet, in dem er dem deutschen Volke ein Bündnis angeboten hatte, auf der Basis der territorialen Unversehrtheit von Kongreß-Polen. Damals ist es der Abg. Schulz gewesen, der mit allen Mitteln hintergen gearbeitet hat. Ähnlich war es in Litauen und in Kurland. Die Regierung wird das ganze Material veröffentlichen. Im übrigen stelle ich fest, Sie auf der Rechten sind die Alleinschuldigen am Unglück unseres Vaterlandes. (Stürmischer Beifall, Widerspruch rechts.)

Landwirtschaftsminister Braun: Der Abg. Schulz hat es so dargestellt, als ob die Bewaffnung der Mitglieder des Landbundes auf Grunde der Verordnung über die Bildung von Einwohnerwehren erfolgt sei. Davon kann keine Rede sein. Nachdem ich das Aktenmaterial des Landbundes in die Hände bekommen habe, weiß ich, daß es sich bei der Bewegung um ganz andere Dinge handelte, als um die Verhinderung von Plünderungen.

Die Beratung wird abgebrochen. Nach persönlichen Bemerkungen wird um 7.48 Uhr die nächste Sitzung auf Dienstag 10 Uhr anberaumt: Anfragen. Fortsetzung der politischen Aussprache, Verfassungsentwurf.

Politische Übersicht.

Die Friedensverhandlungen mit Bulgarien.

Versailles, 29. Juli. Gestern nachmittag fand in Neuilly der Austausch der Vollmachten zwischen der bulgarischen Friedensdelegation und den Vertretern der Entente statt.

Frankreich und Amerika.

Versailles, 29. Juli. Nach „Chicago Tribune" soll Frankreich Amerika die gesamten Vorräte an Kriegsgerät, Transportmitteln und Lebensmitteln, die sich noch in Frankreich befinden, für fünf Milliarden Franken abgekauft haben.

Selbstmordversuch des Präsidenten der Budapester Räterepublik

Dem „Achtuhrabendblatt" wird aus Budapest gemeldet: Der Präsident der ungarischen Räterepublik Garbai erklärte in der letzten Sitzung des Rates der Volksbeauftragten, daß das kommunistische Systemzu einem furchtbaren Zusammenbruch führen muß. Er könnte die Verantwortung für eine Fortsetzung des Systems nicht weiter tragen und müsse darum seine Demission nehmen. Als die Volksbeauftragten die Demission nicht annehmen wollten, zog Garbai einen Revolver, um sich zu erschießen. Zwei Volksbeauftragte fielen ihm jedoch in den Arm und entwanden ihm den Revolver. Garbai erlitt einen Nervenschock und liegt schwer krank darnieder.

Die Alliierten suchen Frieden mit Ungarn.

Der Oberste Rat der Alliierten richtete folgenden Funkspruch an das ungarische Volk: Die alliierten und assoziierten Regierungen haben den dringenden Wunsch, mit dem ungarischen Volk Frieden zu schließen und einen Zustand ein Ende zu bereiten, der den wirtschaftlichen Wiederaufbau Mitteleuropas unmöglich macht und ein Hindernis ist für jeden Versuch, die Bevölkerung zu ernähren. Es ist aber unmöglich, dieses Werk zu beginnen, bevor Ungarn eine Regierung hat, die das Volk vertritt und die zwischen ihm und den assoziierten Regierungen Verpflichtungen dem Worte und Geiste nach erzielen Regierungen. Sie hat nicht nur den von Ungarn unterzeichneten Waffenstillstandsvertrag gebrochen, sondern sie greift in diesem Augen-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319190730-10/fragment/page=0002

blick eine befreundete und alliierte Macht an. Es ist die Aufgabe der alliierten Regierungen, unter ihrer eigenen Verantwortlichkeit die Maßnahmen zu ergreifen, die dieser besonderen Frage notwendig macht. Wenn Lebensmittel und sonstige Verpflegungsgegenstände geliefert werden sollen, wenn die Blockade aufgehoben, das Werk des wirtschaftlichen Wiederaufbaus unternommen und schließlich der Friede wiederhergestellt werden soll, so kann das nur mit einer Regierung geschehen, deren Autorität sich nicht auf den Terror stützt. Die assoziierten Regierungen haben es für zweckmäßig, hinzuzufügen, daß jede fremde Besetzung ungarischen Gebietes, wie sie von der Friedenskonferenz bestimmt worden ist, in dem Augenblick ein Ende finden wird, in dem der Höchstkommandierende der Alliierten die Waffenstillstandsbedingungen in befriedigender Weise für ausgeführt erklären wird.

Neuer Lohnstreik in Italien.

In der Provinz Bergamo sind am Sonnabend 50 000 Textilarbeiter in den Ausstand getreten. Am Montag beabsichtigten in Mailand und Umgebung 80 000 Arbeiter der Maschinenindustrie die Arbeit niederzulegen. Beide Streiks haben als Ursache nichtbewilligte Lohnerhöhungen.

Unruhen in London.

Amsterdam, 28. Juli. In London fanden Krawalle und Plünderungen statt. Die Unruhen halten in verschiedenen Stadtteilen noch an. Amerikanische Soldaten wurden von der Menge angegriffen und einige schwer verletzt, ehe sie von der Polizei in Schutzhaft genommen werden konnten.

Friedliche Regelung des englischen Bergarbeiterstreiks.

Reuter meldet aus London: In einer Unterredung zwischen dem Bergarbeiterverband und dem Kontrolleur für die Steinkohlenbetriebe wird, wie verlautet, am Sonnabend wahrscheinlich eine friedliche Regelung zwischen den streikenden Arbeitern und den Unternehmern geschaffen werden.

Merseburg und Umgegend.

29. Juli.

(Weitere Lokalnachrichten siehe auch Beilage.)

** **Eine außerordentliche Stadtverordnetenversammlung** wird am Mittwoch dieser Woche, nachmittags 5½ Uhr, im alten Rathause abgehalten. Ihr liegt als einzige Handlung die Wahl des besoldeten Stadtrates ob, für welche sich am Montag abend die Bewerber den Stadtverordneten vorgestellt haben. Näheres darüber ist in unserem Bericht über die Stadtverordneten-Sitzung in dieser Nummer enthalten.

** **Die Obstanbauer** haben ihre geernteten Früchte, wie Raps, Senf, Mohn usw., an den für den Bezirk der Stadt Merseburg amtlich bestellten Kommissionär Friedrich Lehmann hier, Friedrichstr. 1, abzuliefern.

** **Ein Pfund Einmachezucker** kommt nunmehr aus Ersparnissen der Stadt in der laufenden Woche zur Ausgabe, womit die Stadt heran dieser Stelle noch gestern geäußerten Wünschen nachkommt.

** **Unhaltbare Zustände** herrschen augenblicklich bei der Zuteilung der städtischen Kartoffeln. Seit mehreren Tagen wird ein großer Teil der Bevölkerung mit seinem Anteil für die vergangene Woche vom Vormittag auf den Nachmittag, von 2 Uhr auf 5 Uhr vertröstet und immer wieder mit leerem Korb nach Hause geschickt, nachdem Frauen und Kinder stundenlang, z. T. im Regen, gestanden haben. Warum funktioniert die städtische Lebensmittelverteilung nicht mehr so prompt wie im Kriege?

** **Eine Vereinigung der Merseburger Schwimmvereine** wird jetzt angestrebt und findet zu diesem Zwecke heute abend eine Generalversammlung der beiden Vereine im „Casino" statt.

** **Das Stadttheater im Schloßgartenpavillon.** Zu diesem von uns in Nr. 164 der Öffentlichkeit unterbreiteten Vorschlag erhalten wir folgende Zuschrift: In einem der letzten Blätter des „Merseb. Korresp." fand ich eine Nachricht über den Bau eines Stadttheaters oder den Umbau eines geeigneten Gebäudes dazu. Vorgeschlagen wurde der Schloßgartenpavillon dazu, dieser Meinung pflichte ich bei, denn ebensogut wie das ehemalige Restaurant „Kaiser Wilhelms-Halle" zu einem Kinophonttheater, nebenbei Kasse und Weinrestaurant, umzubauen werden soll, wird sich wohl auch ohne, wie Schreiber voriger Zeilen schrieb, den Schloßgartenpavillon entsprechend dem Lauchstädter Goethetheater umzubauen. Dementsprechend müßte dann aber das Mittelteil vor dem Gebäude weggefallen und dies gäbe dann einen sehr schönen Theatervorplatz, ähnlich dem in Halle. Vielleicht hat noch jemand einen anderen Vorschlag zu machen und eine andere Art oder ein anderes passendes Gebäude dazu. Merseburg ist eben nicht mehr wie früher das ruhige Beamtenstädtchen, sondern eine aufblühende und bald im Interesse Mitteldeutschlands stehende Stadt mit der Aussicht, sich später Großstadt nennen zu können! Z.

** **Bürgermeister-Gesangs-Quartett.** Am Donnerstag abend findet in der „Funkenburg" ein Konzert des hiesigen Philharmonischen Orchesters statt. Der Leiter der Kapelle, Herr Franke, hat für diesen Abend, um dem Merseburger Publikum eine Abwechselung zu bieten, das in Halle und weiter Umgegend sehr beliebte Bürgermeister-Gesangs-Quartett gewonnen. Über die Leistungen dieser vier Herren schreibt die „Hallesche Zeitung" folgendes: „Nach fünfjähriger Pause hatten wir am Sonntag wieder Gelegenheit, das bekannte Männer-Quartett, die Herren Holborn, Bürgermeister, Lehmann und Gramm, gelegentlich eines Konzertes in der „Saalschloßbrauerei" zu hören. Die vorgetragenen Lieder, von denen wir nur das Brenn'sche „Sonntag ist's", ferner „Gute Nacht, süße Ruh" von Nolopp und das heitere „Mädel sei gescheit" hervorheben wollen, gaben beredtes Zeugnis von dem harmonischen Zusammenklang des Ganzen und den prächtigen Stimmmitteln der einzelnen Mitglieder." Das Quartett wird sich die Pflege des deutschen Volksliedes besonders angelegen sein lassen. Wir können somit einen Besuch dieser Veranstaltung nur bestens empfehlen.

** **Berichtigung.** In meinem Artikel „Organisation der Merseburger Bürgerwehr vom 20. März 1848" habe ich einen Fehler gemacht. Den Abteilungsführer Horsch hatte ich als den am 9. März 1834 geborenen und am 8. Juni 1891 gestorbenen Ökonomen Gustav Horsch bezeichnet, welcher der langjährige Inspektor der Carl Bergerschen Landwirtschaft war. Das ist aber schier unmöglich, da dieser im Jahre 1848 erst 14 Jahre alt war und daher nicht bei der Bürgerwehr sein konnte. Es ist eine Verwechselung von Vater und Sohn. Der Merseburger Bürgerwehr-Abteilungsführer ist sein Vater Ökonom F. G. Horsch, dem das Grundstück Kleine Sixtstraße 607 gehörte. In meinem Bericht über die Dr. Stockmann-Revolution von 1848 hatte ich gesagt, daß die Erinnerung daran im Laufe der Zeiten in Merseburg wohl ziemlich verblaßt sei. Ein Merseburger hat mich belehrt, daß das nicht zutreffend ist. Er erzählte, daß gerade in letzter Zeit im Kreise seiner Bekannten öfters vom Dr. Stockmann gesprochen worden sei. Schw.

*

Stadtverordneten-Sitzung.

Merseburg, 28. Juli 1919.

Die heutige Stadtverordnetensitzung war auf dem besten Wege zu einer Dauersitzung. Die Tagesordnung an sich war ja schon umfangreich. Die Vorstellung der Bewerber für den freigewordenen besoldeten Stadtratsposten nahm weit über eine Stunde in Anspruch. Hierzu gesellte sich dann bei der Beratung der Bewilligung der Überteuerungszuschüsse zu Privatbauten, die an dritter Stelle erfolgte, eine fast unendliche und nicht immer sachliche Debatte, so daß erst um ¾10 Uhr die öffentliche Sitzung beendet war.

Am Magistratstische waren anwesend Erster Bürgermeister Hertog, Bürgermeister Dr. Mosebach, Stadtbaurat Zollinger und die Stadträte Langer, Bauer und Dietrich. Von den Stadträtern waren 33 erschienen.

Einführung der neuen Stadtverordneten. An die Stelle der wegen Verzugs aus dem Kollegium ausgeschiedenen Stadtverordneten Frau Hopptock und Maurer Bernhard Müller von der Unabhängigen sozialdemokratischen Fraktion traten die neuen Stadtverordneten Schuhmachermeister Wilhelm Kath und Lokomotivführer Friedrich Richter. Erster Bürgermeister Hertog begrüßte die beiden Stadtverordneten mit einer kurzen Ansprache, in der er den Wunsch aussprach, daß sie die neuen Ämter treu und gewissenhaft ihr neues Amt erfüllen möchten, und verpflichtete sie durch Handschlag. Dann begrüßte Stadtv.-Vorst. Junker die neuen Stadträte herzlich zu treuer Mitarbeit. Herr Junker wies dann noch die Gesamtheit der Versammlung darauf hin, daß besonders zu den Rechten und Pflichten der Stadtverordneten gehöre, von Anfang bis zum Schluß den Sitzungen beizuwohnen, damit die sich bereits bemerkbar machende Unsitte nicht immer mehr einreiße, die Sitzungen vor Erledigung der Tagesordnung zu verlassen.

Die Vorstellung von Bewerbern für die Stadtratsstelle ergab, daß 4 Bewerber für die engere Wahl für den Posten eines besoldeten Stadtrats in Betracht kommen. Dem Stadtrat unterstehen das Gewerbegericht, das Mietentigungsamt, das Armen- und Wohlfahrtswesen. Die Bewerber sprachen nacheinander je in einem viertelstündigen Vortrage zu der Versammlung. Als erster behandelte der Stadtrat Dr. Haupt aus Schneidemühl speziell das Gebiet der Armenpflege. Magistratsassessor Hensel aus Neustadt-Westpreußen sprach im besonderen über die Erwerbslosenfürsorge. Der dritte Bewerber, Magistrats-Assessor Schwanebeck-Kottbus sprach über die Armenpflege und das Wohnungswesen. Als letzter Bewerber sprach ein Magistratsassessor Wölfel-Saarburg über die gesamten Arbeitsgebiete des neuen Stadtrats in zusammengefaßter Charakterisierung. Die Wahl des neuen Stadtrats erfolgt in einer späteren Stadtverordnetensitzung.

Die Deputation für Allgemeine Verwaltung hat den von der letzten Stadtverordnetenversammlung als zu niedrig befundenen Gehaltssatz für den Stadttierarzt von 3000—5000 M mit Verbot der Privatpraxis nochmals geprüft und empfiehlt der Versammlung die unveränderte Annahme, was auch geschieht.

Der Erhöhung der Haushaltsgelder der Schwestern der Kinderbewahranstalten wird zugestimmt.

Die Erhöhung des Stationsgeldes für die im Altersheim und Andreasheim angestellten Schwestern wird genehmigt.

Die Nachbewilligung von Mitteln beim Haushaltsplan der Kinderbewahranstalt wird ohne Debatte genehmigt.

Die Nachbewilligung von Mitteln beim Haushalt des Altersheims und des Andreasheims wird ohne Besprechung genehmigt.

Die volle Bezahlung der Umbaukosten für die Wohnung im Dachgeschoß des Grundstücks Poststraße 6 aus den Geldern der Schröder-Stiftung wurde nach längerer Debatte genehmigt, da genügend überschüssiges Geld aus der Stiftung dazu vorhanden ist.

Die Ordnung für den Angestelltenausschuß und die Ordnung für die Arbeiterausschüsse — wie wir sie bereits veröffentlichten — wurde unter Verzicht auf die Vorlesung der ganzen Wahlordnungen für gut befunden.

Der Vereinbarung über Lohn und Urlaub mit den städtischen Arbeitern — wir haben dieselbe bereits veröffentlicht — wurde gleichfalls nach kurzer Aussprache zugestimmt. Die Löhne stellen sich für die verschieden Arbeiter- und Altersklassen auf 1,40—1,90, 0,90—1,60, 0,90—1,40 und für weibliche Arbeiter auf 0,70—1,00 M die Stunde, Vorarbeiter 15 ₰ mehr die Stunde. Bis jetzt erforderten die Arbeiterlöhne die Summe von jährlich 206,890 M, vom 1. April d. J. ab müssen dafür 325,388 M ausgegeben werden.

Den Grundsätzen für die Beschäftigung und Besoldung der städtischen Angestellten — wie sie in unserer Zeitung bereits veröffentlicht wurden — stimmte die Versammlung zu. Danach bezieht als Höchstgehalt ein männlicher Angestellter über 25 Jahre 150 M Gehalt und 144 M Teuerungszulage monatlich, ein weiblicher Angestellter über 25 Jahre 80 M Gehalt und 144 M Teuerungszulage monatlich. Die neue Gehaltsfestsetzung erfordert 40 000 M Ausgabe jährlich ab 1. April d. J. seitens der Stadt gegen bisher 34 000 M.

Die Genehmigung einer Aichengrube auf dem Straßengelände am Grünen Markt wurde dem Goldwarenhändler Schäller auf Widerruf gegen Zahlung von 1 M jährlich erteilt.

Die Bewilligung von Überteuerungszuschüssen zur Rentengutskolonie Merseburg 1 und die Häuser Lindberg und Zorn — wir haben den Antrag der Baudeputation und des Magistrats hierzu bereits veröffentlicht — rief eine sehr lange, mit teilß persönliche Aussprache hervorrufende Debatte hervor zweimal den Antrag auf Schluß versehen abgelehnt wurde. Die Aussprache ergab über den zur Beratung stehenden Antrag selbst nichts neues und stimmte die Versammlung am Schluß dem Antrage zu. Dieser letztere Antrag wurde bei der Beratung an dritter Stelle der Tagesordnung vorangestellt und erledigt.

Ein nicht auf der Tagesordnung stehender Dringlichkeitsantrag der Firma Müller (Kmbl-Baugesellschaft) auf Genehmigung einer Gleisanlage in der Friedrichstraße — den Antrag haben wir bereits veröffentlicht — wurde vom Stadtv.-Vorst. Junker begründet und dann von der Versammlung die nachgesuchte Genehmigung zu den bekannten Bedingungen erteilt.

Dringlichkeitsantrag Daniel und Gen. betr. anderweitige Festsetzung der staatlichen Zuschläge zur Einkommen- und Ergänzungssteuer für das Rechnungsjahr 1919, wonach die Einkommen bis 900 M steuerfrei, die Einkommen bis 1500 M steuergemindert und der dadurch entstehende Ausfall von den Einkommen über 3000 M getragen wird. Der Antrag wird von Stadtv.-Vorst. Junker verlesen und zur Besprechung gestellt. Erster Bürgermeister Hertog teilt mit, daß die rechnerischen Vorarbeiten für diesen erwarteten Antrag im Magistrat bereits in Angriff genommen seien und der Antrag rasch erledigt werden könnte. Der Antrag Daniel wird darauf dem Magistrat überwiesen.

Stadtv.-Vorst. Junker bringt dann noch den äußerst günstigen Tätigkeitsbericht der städtischen Sparkasse für die Zeit vom 1. Januar bis 30. Juni 1919 und die Bestätigung des Bezirksausschusses für die neue Ortssatzung betr. die Festsetzung der Mitglieder des Magistrats in Merseburg zur Verlesung. Stadtv.-Vorst. Junker teilte dann ein Rundschreiben des Ministers des Innern mit, in dem darin gesagt wird, daß der Kontrolleur des Arbeiterrats entfernt werden wird. Der Minister stellt darin fest, daß dem Arbeiterrat keinerlei gesetzlich begründetes Kontrollrecht zusteht. Die Gemeindevertretung hat das Recht der Kontrolle selbst. Stadtv.-Vorst. Junker empfiehlt dem Arbeiterrat, auf Grund dieser Entscheidung aus sich selbst heraus zu dieser Angelegenheit Stellung zu nehmen, andernfalls der Magistrat dies tun müsse.

Eingegangen ist bei der Stadtverordnetenversammlung eine sehr umfangreiche Denkschrift des Lehrervereins über die

Schulverhältnisse in Merseburg.

Ihr Inhalt berührt in der Hauptsache, wie Stadtv.-Vorst. Junker darauf mitteilte, das Thema Einheitsschule, deren ganzer Begriff sei, die Volksbildung möglichst zu heben und was der Lehrerverein in seiner Denkschrift fordere. Auch in unserem Volksschulwesen sind Mißstände vorhanden. Die Zahl der Schüler in den Klassen ist viel zu groß und es müßten neue Klassenbildung mindestens drei neue Lehrer eingestellt werden. Es müßte auch unbedingt die achtklassige Volksschule eingerichtet werden anstatt der hier gebräuchlichen siebenklassigen, was zwei neue Lehrerstellen erforderlich mache. Es wird auch die Bildung von Abschlußklassen zu dem jetzigen System angeregt, was gleichfalls zwei neue Lehrerstellen erfordert. Unsere Hilfsschule müßte mindestens drei Klassen umfassen. Die Schulraumfrage ist eine sehr ernste in Merseburg. Es sind Schulräume vorhanden, die auch nicht den geringsten Anforderungen entsprechen. Der Lehrerverein schlägt Schulbaracken vor, die allerdings auch sehr schwer zu beschaffen sind. Die Denkschrift wird auf Vorschlag des Stadtv.-Vorst. Junker der Schuldeputation überwiesen zu einer gründlichen Besprechung und möglichsten Berücksichtigung.

Damit war die Tagesordnung erledigt und man trat ¾10 Uhr in die geheime Sitzung ein.

*

Für unsere Hausfrauen!

(Lebensmittelkalender für Mittwoch, 30. Juli.)

Ausgabe von Mager- und Buttermilch in den Verkaufsstellen von Krebschmar, Räther, Schanze, Konsum-Verein (An der Geisel), und Kötterzich.

1 Pfund Zucker und 1 Pfund Marmelade auf Bezugschein Nr. 23 in der laufenden Woche.

Anmeldung: Bezugschein Nr. 24 (½ Pfd. amerik. Weizenmehl), Nr. 25 (½ Pfd. Teigwaren), Nr. 26 (¼ Pfd. Kartoffelmehl), Nr. 27 (½ Pfd. Kunsthonig).

In den Gast- und Speisewirtschaften abzugeben Bezugschein und Quittung Nr. 25.

Mücheln und Umgegend.

29. Juli.

* **Laucha**, 30. Juli. Da der Versuch mit Lastkraftwagen durch unsere Stadt von Woche zu Woche mehr zunimmt, ist die Stadtverwaltung an der zuständigen Stelle vorstellig geworden, die Fahrgeschwindigkeit für den Stadtbezirk so niedrig wie möglich festzusetzen, damit bem baulichen Zustand der Häuser und der geringen Breite der Salzstraße Rechnung getragen wird.

* **Querfurt**, 30. Juli. Die Kinder der Ferienkolonie reisen am Dienstag nach Magdeburg zurück. Es war in Aussicht genommen, anschließend an die erste Abteilung sofort eine weitere ebenfalls von 20 Kindern hier in Querfurt aufzunehmen. Leider hat sich das aber als nicht durchführbar herausgestellt, da in der jetzigen Zeit die Verpflegung größere Schwierigkeiten bereitet. Da die Ernährungsfrage in den Herbstferien eine bessere sein dürfte, werden zu dieser Zeit vielleicht wieder 20 Kinder im Schützenhaus Aufnahme finden können.

Wetterwarte.

B. W. am 30. 7.: Ziemlich heiter, trocken, etwas wärmer. — 31. 7.: Zeitweise heiter, vielfach wolkig, mäßig warm, etwas Regen, etwas Gewitterneigung.

Sport und Leibesübungen.

◇ **Sportfest des Landesjägerkorps (Reichswehrbrigade 16).** Am 29. und 30. d. Mts. finden auf dem Platze des Halleschen Fußballklubs von 1896 am Angerweg die Leichtathletischen Wettkämpfe des gesamten Landesjägerkorps unter Führung des Generals Maerker statt, und zwar am 29. die Vorkämpfe, am 30. die Hauptkämpfe. Beginn an beiden Tagen 8 Uhr nachmittags. 825 Teilnehmer am Start; anschließend Fußballspiel der zwei besten Mannschaften: Ersatztruppe Ohrdruf gegen 1. Regiment Halle.

◇ **Faustballspiele.** Die am Sonntag nachmittag zwischen dem Allg. Turnverein und dem Turnverein „Friesen"-Weißenfels stattgefundenen Wettkämpfe gestalteten sich zu interessanten Spiel. Beide Gegner hatten erstklassige Kräfte im Treffen und spielten äußerst fair. Besonders fiel die hintere Mannschaft des Allgem. Turnvereins durch ihr ruhiges und sicheres Zuspielen auf. Das Spiel selbst war sehr scharf und das Resultat: Allg. Turnverein gegen „Friesen" (1. Mannschaft) 118 : 101, Allg. Turnverein gegen „Friesen" (2. Mannschaft) 78 : 60. Den Mannschaften des Allg. Turnvereins ist nur zu wünschen, daß sie auch an den bevorstehenden Hauptspielen mit gleichem Erfolge teilnehmen können.

Handel und Verkehr.

= **Marktbericht über den Holzhandel in der Provinz Sachsen.** Die Geschäftslage ist weiter fest, der Preisstand für Nadel- und Laubholz hoch, die Nachfrage weiterhin sehr rege. Das ist darauf zurückzuführen, daß man mit einer Verminderung der Ausfuhr für die Möbelindustrie nicht rechnet und auch die Möglichkeit einer regeren Betätigung am Baumarkt, für den in der Hauptsache Siedelungsbauten in Frage kommen, ins Auge faßt. Da in absehbarer Zeit vom Osten und von Österreich Zufuhren nicht zu erwarten sind, herrscht auf dem Rundholzmarkte rege Nachfrage. Die Versteigerungen von Nadelholz zeitigen immer höhere Erlöse. Diese Preissteigerungen haben natürlich auch höhere Notierungen für das Schnittmaterial zur Folge. 1 Zoll starke Tischlerfichte kostet 220 M, sei besonderen Breiten erhöht sich dieser Preis um 20 M, ja oft noch höher, per Kubikmeter. Guten Absatz finden trockene bayerische und thüringische Kiefernschnittmaterialien, jedoch ist das Angebot hierin gering. Starke Nachfrage und steigende Preise finden Hobelbretter und Rauhspund; Schalbretter, Stollenhölzer und Kistenbretter sind lebhaft gefragt. Nach Bremnholz hat eine förmliche Jagd begonnen, die natürlich in hohen Preisen ihren Ausdruck findet. Für Eichenschnittholz überfleigt die Nachfrage das Angebot. Für mittleres Eichenschnittmaterial wird 500 M per Kubikmeter verlangt. Erle ist begehrt. Eschenholz ist nach und nach ziemlich beträchtlich im Preise gestiegen. Größere Kauflust für Buchenholz ist nicht bemerkbar.

Vermischtes.

* **Sinken der Milch- und Butterpreise in — Pyrit.** In einer gemeinschaftlichen Sitzung von Vertretern der Molkereigenossenschaft Pyrit, einigen Gemeindevorstehern der Milch liefernden Gemeinden und des von Pyriger Arbeitern gewählten Ausschusses hat die Molkereigenossenschaft sich bereit erklärt, die Milch- und Butterpreise vom 11. August an herabzusetzen, so daß Butter dort 3,60 M das Pfund, das Liter Vollmilch 31 ₰ und Butter- und Magermilch 20 ₰ das Liter kosten werden.

* **Eine Goldschmuggler-Gesellschaft verhaftet.** Der Frankfurter Kriminalpolizei ist es nach längerer Ermittelung gelungen, eine große Goldschmuggelgesellschaft zu verhaften. Bis jetzt sind zehn Personen festgenommen, die mit 20-Mark-Stücken größere Schiebungen nach Holland vorgenommen haben. Bei dem 28jährigen Kaufmann Moriß Maliniak wurden in seiner Wohnung versteckt Barren Golbes im Gewicht von 6262 Kilogramm. Bei einem anderen Beteiligten wurden 5220 österreichische Kronen und eine große Goldsumme entdeckt und bei einem Zahnteckniker außer Silbergeld noch 100 Goldstücke.

* **Verstaatlichung der Ilfeder-Peiner Erzlager.** Um die durch den Friedensvertrag erschwerte Versorgung der deutschen Eisenhütten mit Erzen nach Möglichkeit sicherzustellen, ist die Überführung der reichen Erzlager des Ilfeder-Peiner Bezirkes in Reichsbesitz in Aussicht genommen. Ein entsprechender Gesetzentwurf wird dem Staatenausschuß und der Nationalversammlung in diesen Tagen zur Beschlußfassung zugehen. Wie verlautet, hat das Reichsschatzministerium der Verwaltung der Groß-Ilfeder Hütte und des mit ihm verbundenen Peiner Walzwerks ein Angebot auf Verstaatlichung des Unternehmens gemacht. Man will das ganze Werk erwerben und dem Reiche die ausgedehnten Erzbestände zuführen. Hütte und Walzwerk sollen dann wieder pachtweise den bisherigen Besitzern überlassen bleiben.

Verantwortlicher Redakteur Franz Rößner in Merseburg.
Druck und Verlag von Th. Rößner in Merseburg.

Die heutige Nummer umfaßt 6 Seiten.

Naethers
Kinder- und Promenaden-Wagen
mit Wachstuchausschlag u. Gummiräder empfiehlt in großer Auswahl
Albert Kunth, Merseburg,
Gotthardtstraße 30. Gotthardtstraße 30.

Familien-Wäsche,
sowie auch Leibwäsche für einzelne Herren und Damen,
Herrenstärkewäsche
zum Waschen und Plätten, auch nur zum Plätten nimmt entgegen
Wäscherei Dammühle.

Es kann nicht geleugnet werden, daß eine :: ständige Reklame in dem meistgelesenen Blatte Merseburgs und seines Kreises, dem Merseburger Korrespondenten, von hohem Nutzen für jed. Geschäftsinhab. ist.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319190730-10/fragment/page=0003

Anzeigen.

Für die Aufnahmen der Anzeigen an bestimmt vorgeschriebenen Tagen oder Plätzen können wir keine Verantwortung übernehmen, jedoch werden die Wünsche der Auftraggeber nach Möglichkeit berücksichtigt.

Montag, den 28. Juli, früh 8 Uhr, entschlief sanft nach kurzem, schwerem, in Geduld ertragenem Leiden unsere liebe Tochter und Schwester, Schwägerin und Tante

Ww. Frau Emma Adler

geb. Ulrich

in ihrem 35. Lebensjahre.

Dies zeigen tiefbetrübt an

Familie Hermann Ulrich.

Merseburg, 29. Juli 1919.

Beerdigung Donnerstag nachmittag 4 Uhr vom städtischen Krankenhause aus. Etwa zugedachte Kranzspenden Weiße Mauer 6, 2 Tr., abzugeben.

Friedhofs-Erweiterung.

Planierung und Bau einer Mauer soll vergeben werden. Angebote an

Gemeindevorsteher Neumark.

Auktion.

Donnerstag, d. 31. Juli 1919, vormittags 9 Uhr, versteigere ich auf dem **Güter-Bahnhof in Merseburg** — für Rechnung den es angeht — einen dortstehenden

halben Waggon Heu

ca. 3280 kg öffentlich meistbietend gegen Barzahlung.

Pietzner, Gerichtsvollzieher in Merseburg, Gutenbergstraße 4.

Großes möbl. Zimmer

in gutem Hause an besseren ruhigen Herrn zu vermieten. Zu erfragen **Oberaltenburg 12 II.**

Möbl. Zimmer

zum 1. 8. gesucht. Angeb. mit Preis unter 291 an die Exped.

Möbliert. Zimmer

mit 2 Betten sofort gesucht. Offerten unter 293 an die Exp.

Fräulein sucht möbl. Zimmer

eventl. mit Kochgelegenheit. Off. unter 292 an die Exped. d. Bl.

Junger Herr sucht

möbliertes Zimmer

zum 1. August. Offerten unter 296 an die Exped. d. Bl.

---

2 junge Herren suchen sofort

Schlafstelle od. möbl. Zimmer.

Off. unt. 299 an die Exp. d. Bl.

Haus in Frankleben oder Umgegend sofort zu kaufen gesucht. Offerten unter 290 an die Exped. d. Bl.

Geld in jeder Höhe monatl. Rückzahlung verleihen sofort **H. Blume & Co., Hamburg 5.**

4000 Mark

auf gute, sichere Hypothek auszuleihen. Angeb. u. **H B 301** an die Exped. d. Bl.

Ein blauer Anzug, sehr gut erhalten, pass. f. Alter v. 14—16 Jahren, preiswert zu verkaufen **Johannisstraße 11, 1 Tr.**

Schwarzseidenes Jackett,

neu, billig zu verkaufen **Hallesche Straße 1, 2 Tr. r.**

Ein Paar braune Schuhe,

wie neu, Gr. 38, und **2 Paar schwarze Schuhe** (Gr. 36 u. 37) zu verkaufen. Wo, sagt d. Exp.

---

1 Paar neue Halbschuhe, Gr. 39, zu verkaufen **Neumarkt 68.**

Ein Paar neue Damenschuhe Gr. 40 zu verkaufen **Oberburgstraße 9.**

---

1 Paar hohe guterhaltene Damenstiefel, Gr. 37, zu verkaufen **Kleiststraße 8 part.**

Ein Paar Kinderschuhe Gr. 28 zu verkaufen **Brühl 12, 1 Tr.**

Klavier zu vermieten. Zu erfragen in der Exped. d. Bl.

Ein gut erhaltenes Klavier zu verkaufen. Offert. unt. **298** an die Exped. d. Bl.

Ein noch im guten Zustand befindliches **Tafelklavier** billig zu verkaufen. Zu erf. i. d. Exp.

Fahrrad, fast neu, ohne Bereifg., m. Freil., Laterne, Fußp. u. Ständ., für 160 Mk. zu verkaufen. Zu erfrag. i. d. Exped.

Gutes Herrenfahrrad mit Freilauf und Gummi für 150 Mark sofort zu verkaufen. Zu erfragen in der Exped. d. Bl.

---

1 Herr.- u. Dam.-Fahrrad, gute G.-B., sowie **1 Sprechapparat** mit Platten zu verkauf. **Schmalestraße 9, 3 Tr. r.**

---

4 Stück gut erhaltene

Akkumulatoren

(Cell), geeignet für Kleinbeleuchtung, verkauft **Meuschauer Str. 5**

Die **Verlobung** ihrer Tochter **Liesel** mit Herrn **Carl Wilke** beehren sich anzuzeigen

Fleischermeister **Rudolf Wiemann und Frau Alwine** geb. Groß

Liesel Wiemann
Carl Wilke
Verlobte

Merseburg — Hamburg
im Juli 1919

Für die vielen Ehrungen, Gratulationen und Geschenke anläßlich unserer am 26. 7. erfolgten Vermählung sagen wir allen Freunden und Bekannten unsern herzlichsten Dank.

Merseburg, den 28. Juli 1919.

Paul Scholtz und Frau
Anna geb. Kaiser verw. Janke.

Für die überaus herzliche Teilnahme beim Hinscheiden meines innigstgeliebten Gatten spreche ich hierdurch allen Freunden und Bekannten, sowie den Beamten und Angestellten der Leuna-Werke und dem Herrn Pfarrer Kratzenstein für seine so trostreichen Worte am Grabe des mir so teuren Entschlafenen meinen tiefgefühlten Dank aus.

In tiefer Trauer

Luise Kurtz geb. Bock.

Merseburg, den 29. Juli 1919.

Tagesordnung zur außerordentlichen Sitzung der Stadtverordneten-Versammlung am Mittwoch, den 30. Juli 1919, nachmittags 5½ Uhr im alten Rathause, Burgstraße Nr. 1:

Wahl des besoldeten Stadtrates.

Merseburg, den 29. Juli 1919.

Der Stadtverordneten-Vorsteher.
Junker.

Marmelade und Zucker statt Kunsthonig.

In der laufenden Woche kommt statt ½ Pfd. Kunsthonig auf Bezugschein Nr. 23

1 Pfd. Marmelade zu 1,30 M. und daneben 1 Pfd. Zucker aus Ersparnissen zu 55 Pf.

zur Ausgabe. Unsere Bekanntmachung vom 22 Juli 1919 — L A II 2113/19 — wird hierdurch abgeändert.

Merseburg, den 29 Juli 1919.

L A II 2183/19. **Das städtische Lebensmittelamt.**

Ein Ziegenlamm zu verkaufen **Teichstr. 11**

2 Junge Gänse zu verkaufen **Neumarkt 2**

Einen guten Zuchthahn zu verkaufen **Borwerk 16.**

Große und kleine Kaninchen, ein Kinderbett und Holz zu verkaufen **Gartenstraße 15, 2 Tr.**

Kaninchen

Häsinnen und Kammler verkauft billigst **Karlstraße 21, 1 Tr.**

Vier Wochen alte **Schäferhunde** sind zu verkaufen **Werder.**

Deutscher Schäferhund

zu verkaufen **Hirtenstraße 7.**

Frühzeitige Birnen

kl. u. gr. Quantum, zu kaufen gesucht. Offert. m. Preisangabe unter **297** an die Exped. d. Bl.

Kleine Anzeigen

finden nachweisbar die beste Verbreitung im **„Merseburger Korrespondent“.**

Gummi-Sauger!

Das Unschädlichste für die Säuglinge. Beste nahtlose Kristallmare. Im Interesse Ihrer Kleinlinge verlangen Sie nur diese zum Preise für

Beruhigungs-Sauger 85 Pf.
Flaschen-Sauger 135 Pf.

Gummiwarenhaus Grahneis.

Wichtig für Landwirte und Fuhrwerksbesitzer!

Verkauf von Heeresfahrzeugen

(schwere und leichte Feldwagen)

findet **Freitag, den 1. August 1919, im Traindepot in Merseburg** (Gefangenenlager — Erste Haltestelle der Fernbahn Merseburg-Mücheln —) von **vormittags 9 Uhr** ab statt.

Reichsverwertungsamt,
Zweigstelle Halle a. S.

Die Zeichen der Zeit

versteht der Geschäftsmann, der jetzt mit einer großzügigen Reklame im **„Merseburger Korrespondent“** vorarbeitet für die Zeit erhöhten geschäftlichen Umsatzes, der in den kommenden Friedensjahren zu erwarten ist. — — —

Heringstonnen

billig zu verkaufen **Frankleben, Topfmarkt 2.**

Absatzferkel

verkauft **Meuschau 73.**

Läuferschwein

verkauft **Rosental Nr. 5.**

Zuchtschwein zu verkaufen

Kolonie Rössen, Mittelstr. 12.

Oelsaaten.

Die Firma **Friedrich Lehmann**, Getreide- und Futtermittelhandlung, hier, Friedrichstraße 1, ist von der Reichsölfruchtstelle für den Bezirk der Stadt Merseburg als Kommissionär für Oelsaaten (Raps, Senf, Mohn usw.) ernannt worden.

Alle Oelsaatanbauer werden ersucht, die geernteten Mengen an die Firma Friedrich Lehmann, hier, Friedrichstraße 1, abzuliefern.

Merseburg, den 28. Juli 1919.

L A II 2148/19. **Der Magistrat.**

Amtliche Annahme- und Verkaufsstelle

für Altleder u. gebr. Schuhwaren, Merseburg, Karlstr. Nr. 4.
— Fernsprecher Nr. 591. —

Mittwoch, den 30. Juli 1919, vormittags von 9—12 Uhr

Annahmetag.

Dort werden auch getragene Kleidungs- und Wäschestücke gegen angemessene Bezahlung angenommen.

M 520/19. **Der Magistrat.**

Obstverpachtung.

Die **Hartobstnutzung** an der Straße Leipzig—Dürrenberg, von km 00 bis 6,8, zwischen dem Chausseehaus bei Döhlen und Baldsitz — Aepfel und Birnen — und der Lützener Zollstraße, zwischen dem sogenannten Siebenärmel und Schladebach — Aepfel und Birnen — soll **Montag, den 4 August,** vormittags 11 Uhr, im Gasthof „Zur Eisenbahnbrücke“ in **Dürrenberg** öffentlich verpachtet werden. Bedingungen werden im Termin bekannt gemacht.

Dürrenberg, den 24 Juli 1919.

Der Straßenmeister. Dahdorf.

Ausgabe von Lebensmitteln.

Für die Zeit vom 4. August bis 10. August 1919 werden auf den Kopf der Bevölkerung zugeteilt:

½ Pfd. amerik. Weizenmehl z. Br. von 43 Pf. auf Bezugschein 24,
½ Pfd. Teigwaren zum Preise von 36 Pfg. auf Bezugschein 25
½ Kartoffelmehl zum Preise von 20 Pfg. auf Bezugschein 26,
½ Pfd. Kunsthonig zum Preise von 40 Pfg. auf Bezugschein 27.

Abgabe der Bezugscheine Mittwoch, den 30. und Donnerstag, den 31. Juli d. Js.

In den Gast- und Speisewirtschaften ist für Mittagessen abzugeben: Bezugschein und Quittung Nr. 25.

Einreichung der Forderungsnachweise wie üblich.

Verkauf nächste Woche Donnerstag und Sonnabend. Verkauf vorher verboten.

Merseburg, den 29. Juli 1919.

L A II 2184/19. **Das städtische Lebensmittelamt.**

Druckarbeiten

für Behörden, Handel, Industrie, Gewerbe, Vereine und Private fertige ich in geschmackvoller Ausführung — an. Den jetzt dringend nötigen —

Reklame-Drucksachen,

auf deren wirkungsvolle Ausstattung ich Wert lege, widme ganz besondere Aufmerksamkeit und steht Preisanschlag jederzeit — — — zu Diensten. — — —

Spezialität.

Tabellen — Kopierfähige Drucksachen — Preislisten — Postkarten — Briefbogen — — — Briefumschläge usw. — —

Familien-Anzeigen

schnell, sauber und billig.

Buchdruckerei Th. Rößner
Merseburg, Kl. Ritterstr. 3.
Fernruf 324.

Auktion.

Donnerstag, den 31. Juli, vormittags 10 Uhr, versteigere ich in **Halle a. S.,** Leipziger Straße 53, freiwillig:

1 Fleischerei-Ladeneinrichtung

(auch für Delikateß- und andere Geschäfte passend)

als:

1 Ladentisch mit Marmorplatte, 3.30 m, 2 Standwagen, Glasscheiben u. Messingstangen, 1 großer Eisschrank, 2 m hoch, 1.30 m breit und 70 cm tief, 1 Schaufensterverbau

meistbietend gegen Barzahlung. Die Sachen sind gebraucht, aber sehr gut erhalten u. von 8 Uhr ab zu besichtigen.

Otto Uhlitzsch, Auktionator,
Halle a. S., Mansfelder Straße 4. Telephon 5209.

Kernmacherinnen

stellt ein

AMBI, Eisengießerei, Friedrichstr. 8.

Wand- und Taschen-Uhren werden schnell und billig repariert **Schmalestraße 9, 2 Tr.**

Zur Anfertigung von

Damen- und Kindergarderobe

empfiehlt sich **Frau Dewant, Kolonie Rössen** Merseburger Straße 91.

Wäsche zum Plätten

wird angenomm. **Ölgrube 13, pt.**

Älterer allerstehend. Gärtner, der die Jagd, auch Feldarbeit, mit besorgen kann, sucht 1. Okt. Stellung. Zu erfragen i. d. Exp.

Zuverlässiger Mann sucht

Nebenbeschäftigung

gleich welcher Art für einige Stunden. Off. unt. **294** a. d. Exp.

Arbeiter,

fleißige, gewissenhafte Kraft, als Packer und für Fabrikarbeit gesucht.

C. Görling, G. m. b. H.

Einen Tischler

stellt ein **K. Braun, Schkopau 25.**

Älterer

Klempner u. Installateur

in allen Arbeiten erfahren, sofort gesucht. **Carl Höler, Markt 8.**

Maurer

stellen ein

Döring & Lehrmann,

Aktien-Gesellschaft für Bergwerks-, Erd- und Bauarbeiten,

Halle a. S.

Zu melden auf der Baustelle Naundorf, Station Wernsdorf

Nachtwächter

gesucht.

Th. Große, Maschinenfabrik.

Geschirrführer

wird sofort gesucht

L. Weniger, Oberbreitestr. 5.

Zuverl. Lagerarbeiter

sucht per sofort

Michel-Brikett-Verkaufsstelle

Neumarkt 67.

Arbeitsburschen,

14—16 jährig, werden gesucht.

C. Görling, G. m. b. H.

Jüngerer Laufbursche

wird eingestellt

B. A. Blankenburg.

Lehrling

für Druckerei und Setzerei stellt ein **Th. Rößner,** Buchdruckerei.

Frauen u. Mädchen,

in Kartonnagenarbeit geübt, werden gesucht.

C. Görling, G. m. b. H.

Frauen oder ältere Mädchen

für Fabrikarbeit gesucht.

Papierwarenfabrik B. A. Blankenburg.

Zeitungs-Austrägerin

für 2 mal täglich sofort gesucht **Gotthardtstraße 2.**

Perfekte Damenschneiderin

fürs Haus gesucht. Offert. unt. **L G 301** an die Exped. d. Bl.

Ehrlich. Dienstmädchen

gesucht **Frau Rich. Lenz** Mühle Oberbeuna b. Merseburg.

---

1 tücht. Hausmädchen

sucht bei hohem Lohn **Müllers Hotel.**

Kräftiges, fleißiges

Dienstmädchen

gesucht **Kolonie Rössen,** Mittelstraße 4 1 Tr.

Nach Berlin

Hausmädchen // // // oder Köchin

für sofort gesucht. Zu melden bei **Frau von Wangelin,** Wilhelmstr. 2.

Für sofort oder später

zuverlässiges junges Mädchen

zu einem kleinen Kinde gesucht. Kenntnisse im Nähen erwünscht Schriftliche Angebote an Frau **Landesrat Dr. Albrecht,** Bahnhofstraße 3.

Jüngeres Mädchen

als Aufwartung vormittags gesucht **Gutenbergstr. 14 1 Tr.**

Aufwartung

gesucht **Poststraße 6“**

Zuverl. Aufwartg.

für Vormittagsstund. sucht sofort **Fr. Mauerhoff, Christianenstr. 8.**

Aufwartung

für ganzen oder auch nur halben Tag gesucht.

Schulz, Christianenstraße 5.

Aufwartung

für Vormittag sofort gesucht **Schmalestraße 13.**

Aufwartung

gesucht **Lauchstedterstr. 13 I.**

Frau als Aufwartung für Freitag, welche auch die Wäsche für kleinen Haushalt übernimmt, gesucht. Daselbst **schwarzer Gesellschaftanzug und neues, blaueidenes Kostüm** zu verkaufen. **Ölgrube 39, 2 Tr.**

Aufwartung

gesucht **Weiße Mauer 17.**

Jung. Mädchen vom Lande für 2 Kinder zum 1. Aug. gesucht. Zu erfrag. **Hallesche Str. 27, 1. Lad.**

Studenschlüssel von Unternach Ober-Altenburg **verloren.** Gegen Belohnung abzugeben **Unter-Altenburg 7, 1 Tr.**

Goldene Damenuhr

von Oberaltenburg, Hälter-, Poststraße bis Bahnhof verloren. Da teur. Andenk., bitte ehrl. Finder, diese gegen Belohnung abzugeben bei **Fa. Müller,** Friedrichstr. 8.

---

2 Patent-Wagenkapseln

von Rollwagen auf dem Wege von Merseburg bis Niedermünsch verloren. Wiederbringer erhält Belohnung **Brühl 16.**

Auf meinem Grundstück neben dem Beuner Kohlenwerke und dem Staatsbahnengleis habe ich

Fußangeln und Selbstschüsse

gelegt. **Herm. Schröder,** Ober-Beuna.

Auf meinem Grundstück neben dem Beuner Kohlenwerke und Reipisch habe ich

Fußangeln und Selbstschüsse

gelegt. **Franz Rockendorf,** Ober-Beuna.

Die Dame, welche Sonntag im Strandschlößchen k. v. 11 Uhr an den Herrn i. dunkl. Anzug am 2. Tisch b. Eingang d. Karte ger. wird höfl. u. Ang. ihrer Adr. gebet. Off. unt. **295** an die Exped. d. Bl.

Nachtwächter

stellt ein

AMBI, Eisengießerei, Friedrichstr. 8.

Tüchtige, selbständige

Monteure

werden zum sofortigen Antritt gesucht.

Persönliche Vorstellung mit Zeugnissen im Städtischen Elektrizitätswerk, Merseburg, Hallesche Straße 19.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319190730-10/fragment/page=0004

Beilage zum „Merseburger Korrespondent".

Nr. 167 — Mittwoch, den 30. Juli 1919 — 46. Jahrg.

Reichsverfassung und Referendum.

Von Emil Abderhalden, Halle.

Das deutsche Volk erhält in den nächsten Tagen eine neue Verfassung. Sie ist die freieste der ganzen Welt. Der Grundgedanke der Demokratie ist in weitgehender Weise durchgeführt. Es gilt nun, dafür zu sorgen, daß das gesamte deutsche Volk in den Geist dieser neuen Verfassung hineinlebt. Ich bedaure es ganz außerordentlich, daß die deutsche Nationalversammlung die Gelegenheit nicht wahrgenommen hat, dem Volke die Pflicht aufzuerlegen, sich in eingehender Weise mit allen wichtigen Einzelheiten der Verfassung zu befassen. Ein tiefes Eindringen in die gesamte Verfassung wäre ganz allgemein verbreitet gefördert worden, wenn sie dem gesamten Volke zur Abstimmung vorgelegt worden wäre. In diesem Falle wären alle Abgeordneten der Nationalversammlung und darüber hinaus ungezählte Volksgenossen in die Lage versetzt worden, in Versammlungen in sachlicher Weise über die Grundzüge der Verfassung zu sprechen. Die ernste Beschäftigung aller Stimmfähigen mit den Grundlagen des neuen Vaterlandes hätte ohne weiteres dazu geführt, daß die jetzige Generation in gründlicher Weise mit den Bestimmungen der neuen Verfassung bekannt geworden wäre. Anstelle der weit auseinandergehenden Tagesmeinungen der Angehörigen verschiedener Parteien wäre ein gemeinsames Streben getreten.

Eine demokratische Verfassung genügt selbstverständlich nicht, um ein Volk zu einem wirklich demokratischen zu machen. Es wird mit dem Wort Demokratie außerordentlich viel Mißbrauch getrieben! Es muß immer wieder in Erinnerung gerufen werden, daß Demokratie in erster Linie von jedem Volksgenossen höchste Pflichterfüllung der Gesamtheit gegenüber erfordert. Sie bedingt auch die volle Wahrung der Gewissensfreiheit. Demokratie ist durchaus nicht identisch mit Gleichmacherei, vielmehr verlangt sie, daß jede einzelne Persönlichkeit volle Freiheit genießt und entsprechend ihren Anlagen und Leistungen sich voll entwickeln kann. Eine wahre Demokratie ist nur möglich, wenn das gesamte Volk an den Vorgängen im Staate teilnimmt. Es scheint mir außerordentlich gefährlich zu sein, daß man es so lange außerordentlich wichtigen Ereignissen, wie der Inkraftsetzung einer neuen Verfassung vollständig übergeht. Für die Ausübung des Referendums muß selbstverständlich eine große Schulung des Volkes vorhanden sein. Aus diesem Grunde muß es in Deutschland vorläufig auf ganz wichtige Dinge beschränkt bleiben. Dazu gehört ganz unzweifelhaft die Verfassung. Es unterliegt keinem Zweifel, daß das deutsche Volk die neue Verfassung mit großem Mehr angenommen hätte. Wir wollen hier die Möglichkeit nicht besprechen, die Verfassung nicht in der Gesamtheit, sondern in einzelnen Teilen zur Abstimmung zu bringen. Es wäre denkbar, daß in diesem Falle bestimmte Teile eine Ablehnung erfahren würden. Der Tag der Volksabstimmung würde im Gedächtnis des ganzen Volkes fortleben. Das Interesse für die Verfassung wäre ein für alle Mal beim gesamten Volke geweckt und würde nie mehr einschlummern. Verfassungsänderungen würden jedesmal beim ganzen Volke großen Widerhall finden. Es wüßte Jedermann, um was es sich handelt. Vielleicht läßt sich noch in letzter Stunde das Referendum für die Verfassung herbeiführen.

Gegen wen wird gestreikt?

Die Lage unserer Kohlenversorgung, von der das Gedeihen unserer Industrie und Landwirtschaft, die Versorgung mit Lebensmitteln, Rohstoffen und allen anderen Rohstoffen, aber vor allem auch die Arbeitsmöglichkeit abhängt, ist äußerst besorgniserregend. Die Steinkohlenförderung an der Ruhr und in Oberschlesien hat in den ersten 5 Monaten dieses Jahres knapp 60 Prozent der Förderung in der gleichen Zeit des Vorjahres betragen, nämlich an der Ruhr nur 26 Millionen Tonnen gegen 42 Millionen Tonnen, in Oberschlesien nur 10 Millionen Tonnen gegen 18 Millionen Tonnen. In der Braunkohlenförderung und Briketterzeugung liegen die Verhältnisse ähnlich. Die lustzerpestenden Kohlengebiete, das Saargebiet, das Aachener Revier, das Kölner Braunkohlenrevier und das lustzerpestete Gebiet des Ruhrreviers fallen für unsere Versorgung fast vollständig aus. Andererseits sind wir durch den Friedensvertrag gezwungen, Koks und Kohlen aus dem Ruhrrevier nach Lothringen und Luxemburg abzugeben. Die Aussicht auf eine Besserung für den Rest des Jahres ist denn gegeben.

So ist die Versorgung der wichtigsten Verbrauchsstellen in benötigender Weise nachgelassen. Ende Juni 1918 hatten die preußischen Staatsbahnen einen Kohlenbestand von 25 Tagen, der bis Ende September auf 36 Tage anstieg. Bei den anderen deutschen Eisenbahnen waren die Vorräte meist noch besser. In diesem Jahre war es unmöglich, die Eisenbahnen, diesen wichtigsten Faktor des wirtschaftlichen Lebens überhaupt mit Vorräten zu versehen. Sie haben zurzeit nur einen Bestand, der knapp ausreicht, ihr Existenzminimum zu decken.

Ähnlich liegt die Sache bei den Gaswerken. Sie haben keinerlei Vorräte, wie folgende Zahlen erläutern. Die Berliner Gasanstalten mit einem Monatsverbrauch im Winter von 180 000 Tonnen, hatten im Juli 1918 einen Bestand von 150 000 Tonnen gegen nur 25 000 Tonnen jetzt. Die 40 größten Gasanstalten Deutschlands — ohne Groß-Berlin — hatten im Vorjahre 280 000 Tonnen Bestand, gegen jetzt 50 000 Tonnen. Und im Herbst kommt die Zeit des Wagenmangels und der Streckensperren! Ebenso sieht es bei den Elektrizitätswerken, aus denen die Industrie den Arbeitsstrom erhält.

In der Hausbrandversorgung, einschließlich Landwirtschaft und Kleingewerbe, liegen die Dinge nicht günstiger. Es sind schon jetzt solche Ausfälle vorhanden, daß es unmöglich ist, sie nur einigermaßen mit den zur Verfügung stehenden Kohlenmengen auszugleichen. Auf eine Bevorratung kann nicht mehr gehofft werden. Der große Streik an der Ruhr von Ende März bis Anfang Mai hat gerade die Hausbrandversorgung auf das Empfindlichste getroffen. Auch die Befriedigung des häuslichen Bedarfs, die hauptsächlich zwischen August und Ernte erfolgen muß, ist nicht gelungen. Infolgedessen haben viele Molkereien im Osten ihren Betrieb einstellen müssen; große Mengen Getreide sind noch unausgedroschen.

In der Industrie können nur die allerlebenswichtigsten Betriebe einigermaßen ihre Mengen bekommen. Für die Herstellung von Ziegeln und Baustoffen ist genügende Kohle nicht zu beschaffen. Undispositionen infolge der immer neu aufflackernden Streiks zur Hebung der dringendsten Rohstoffe gehen auf Kosten der Industrieversorgung.

Bei all dem ist die Wirkung des Friedensvertrages auf unsere Kohlenversorgung nicht mit berücksichtigt. Von einer Gesamtförderung von 100 Millionen Tonnen sollen wir rund 40 Millionen Tonnen dem Ausland liefern!

Diese traurige Lage wird durch jeden Streik weiter verschlechtert. Die Streiks richten sich nicht mehr gegen die Unternehmer, sondern gegen die Bevölkerung selbst. Sie gefährden die Versorgung der Gaswerke und die Versorgung mit Hausbrand. Frauen, Kinder und Kranke werden darunter im Winter hart zu leiden haben. Die Versorgung der Industrie mit elektrischer Kraft wird nicht ausreichend erhalten werden können. Der Arbeiterschaft großer Industriezweige droht dadurch Verdienstlosigkeit. Durch die schlechte Versorgung der Eisenbahnen werden neue Einschränkungen des Verkehrs notwendig, worunter die rechtzeitige und gleichmäßige Verteilung von Lebensmitteln und Rohstoffen zu leiden hat. Einsäuelebende Arbeitslosigkeit und Verringerung der Produktion auf Kosten der Arbeiterschaft der gesamten Bevölkerung ist die unausbleibliche Folge, trifft sich die vernünftige Arbeiterschaft nicht endlich auf. Wer wird also bestreikt? Frauen und Kinder, letzten Endes die Arbeiter selbst, die sich durch die Streiks schließlich arbeits- und brotlos machen. Wie lange aber kann die Arbeitslosenunterstützung finanziell noch durchgehalten werden?

In der Tat: Jeder Streik ist heute ein Verbrechen an unserem Volke, eine Gewissenslosigkeit.

Merseburg und Umgegend.

29. Juli.

** **Der neue Präsident des preußischen Evangel. Oberkirchenrats.** Für den in den Ruhestand getretenen Wirkl. Geh. Rat D. Voigts ist der bisherige weltliche Stellvertreter des Präsidenten Wirkl. Geh. Oberkonsistorialrat D. Moeller zum Präsidenten des Evangel. Oberkirchenrats der preußischen Landeskirche ernannt worden.

** **Der Preis für Kartoffeln und Ölfrüchte.** Für eine Tonne Kartoffeln aus der Ernte 1919 darf der Preis, wenn die Lieferung nach dem 14. September 1919 erfolgt, 125 M nicht übersteigen. Die Landeszentralbehörden oder die von ihnen bestimmten Stellen können mit Zustimmung des Reichsernährungsministers den Preis für ihren Bezirk auf 150 M erhöhen. Der Preis für die Tonne Ölfrüchte der Ernte 1920 darf nicht übersteigen bei Raps 1150 M, Rübsen 1100 M, Mohn 1250 M, Leinsamen 1000 M, Hanfsamen 800 M, Senf 900 M.

** **Die Höchstpreise für Schweine im Herbst aufgehoben?** In der Korr. Wilsdorf wird unter Hinweis darauf, daß die Höchstpreise für Schweine heute nur noch auf dem Papier stehen, bemerkt: „Sobald im Herbst bei größerem Vorrat an Futter die Schweinemast einsetzt, werden die Höchstpreise für Schlachtschweine zweifellos sofort aufgehoben." Es wäre erwünscht, wenn seitens amtlicher Stellen über eine solche Absicht möglichst bald Aufschluß gegeben würde. Denn dadurch könnte gerade jetzt für die Aufzucht von Ferkeln noch sehr viel geschehen.

** **Schlachtviehpreise.** Beim Verkauf von Schlachtvieh durch den Viehhalter darf der Preis für 50 Kilogramm Lebendgewicht nicht übersteigen bei Rindern Klasse C 80 M, Klasse B 110 M, Klasse A 130 M; Kälber unter drei Monate 120 M, Schlachtschweine 150 M. Die Höchstpreise für Ferkel und Läuferschweine betragen bei Ferkel bis 15 Kilogramm für das Kilogramm Lebendgewicht bis zu 10 M, bei Läuferschweinen im Gewicht von mehr als 15 Kilogramm bis zu 6 M.

** **Bezüglich der Ausgabe des Auslandsfleisches** für die Stadt am gestrigen Montag sind mancherlei Zweifel über die Menge geäußert worden, veranlaßt durch die Bekanntmachung der Kreisbehörde in der Sonntagsnummer. Die ganze zur Ausgabe vorgemerkte Menge beträgt 400 Gramm. Davon sind für Merseburg bereits ausgegeben: einmal 100 Gramm, einmal 50 Gramm, und 150 Gramm gestern = 300 Gramm. Es bleiben also noch auszugeben einmal 100 Gramm. Vielleicht läßt sich aber noch eine oder mehrere Ausgaben hierzu ermöglichen.

** **Die Wochenfettmenge** der landwirtschaftlichen Arbeiter beträgt wieder vom 1. August b. Js. ab 100 Gramm und wird die Zusatzfettmarke für solche vom 28. Juli ab eingezogen, bezw. verliert ihre Gültigkeit.

** **Die unter dem Namen Lydendorffspende** im Jahre 1918 für die Zwecke der Kriegsbeschädigtenfürsorge durchgeführte Sammlung hat in der Provinz Sachsen den Betrag von 5 394 030,87 M ergeben. Davon sind 2 916 152,61 M in einem Provinzfond vereinigt und 1 660 975,14 M den Kriegsbeschädigtenfürsorgestellen überlassen worden, während 816 903,12 M dem Reichsausgleichsfonds zur Unterstützung leistungsschwacher Hauptfürsorgestellen überwiesen worden sind. Aus dem Provinzfond sind bis zum 1. Juli an Beihilfen 14 246,99 M, an Darlehen 11 495 M, für Errichtung einer Werkstatt für Kopfschuhnerkrankte 15 000 M und zur Beschaffung von Kleidungsstücken für bedürftige Kriegsbeschädigte 132 993,90 M gezahlt worden. Außerdem sind weitere Darlehen im Betrage von rund 17 000 M und zahlreiche Unterstützungen bewilligt worden, über die erst in diesem Vierteljahr abgerechnet wird. Über die Anträge beschließt ein Ausschuß, der von dem bei der Hauptfürsorgestelle der Provinz bestehenden Beirat der Kriegsbeschädigtenfürsorge eingesetzt worden ist, und aus Mitgliedern der Kriegsbeschädigten-Vereinigungen und Fürsorgestellen besteht.

** **Achtung, Schwindler!** Im Interesse des Publikums wird darauf hingewiesen, daß sich in den Mansfelder Kreisen ein Schwindler herumtreibt, der Angehörigen von Vermißten vorsagt, daß er von der Regierung beauftragt sei, von ihnen Geld für ihren Angehörigen Gefangenen bestellen solle. Weiter teilt er den Leuten mit, daß der Sohn oder Mann schon geschrieben hätte, und mit Sehnsucht auf Antwort warte; wahrscheinlich sei aber der Brief in den kritischen Tagen, wie sie jetzt hier und ebenso in Frankreich herrschen, verloren gegangen. Er empfiehlt manche vertrauliche Begebenheit aus der Gefangenschaft, so daß man ihm zuerst kaum für einen Schwindler halten könnte. Auf diese Weise lockt er den Angehörigen der Kriegsgefangenen manchen Groschen aus der Tasche. Der Mann trägt einen braunen, guten Anzug und ein Arbeitsabzeichen am Jakettkragen. Er ist mittlerer Größe und im Gesicht voll. Sein Haar ist geschnitten. Auch in unserem Kreise seien die Leute gewarnt.

** **Die Allgem. Evangel.-Luth. Konferenz** gedenkt trotz der Ungunst der Verhältnisse auch in diesem Jahre eine Haupttagung abzuhalten; sie soll in der zweiten Septemberwoche, vom 8. bis 11. 9., stattfinden. Als Ort hat man im Hinblick auf die 400jährige Wiederkehr des Tages der Leipziger Deputation für diese 16. Haupttagung Leipzig gewählt.

*

Die Kreisschulinspektionen.

Vom Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung wird mitgeteilt: Durch Erlaß vom 30. Mai 1919 hat das Ministerium die Regierungen angewiesen, zum 1. Oktober freiwerdende nebenamtliche Kreisschulinspektionen durch Fachleute zu besetzen und dabei in erster Linie bewährte Volksschullehrer heranzuziehen. Inzwischen ist es infolge des unzünstigen Friedensschlusses notwendig

Provinz und Umgegend.

† **Delitzsch,** 29. Juli. Verhaftet wurde in Wien der Defraudant Rudloff, unter ehemaliger Stadthauptkassen-Rendant. Seit 6. Oktober 1918 ist er flüchtig und konnte bisher nicht gefaßt werden. Soweit in Erfahrung gebracht werden konnte, hat R. in Wien ein Auswanderungs-Büro betrieben und hat sich in dieser Tätigkeit wiederum Unterschlagungen zuschulden kommen lassen, die zu seiner Verhaftung führten.

† **Magdeburg,** 29. Juli. Der „Stahlhelm", Bund der Frontsoldaten, mit dem Sitz in Magdeburg und Zweiggruppen in vielen Orten Mitteldeutschlands, beschloß in seiner außerordentlichen Generalversammlung die Gründung eines Reichsbundes mit dem Sitz in Magdeburg. — Der Magistrat ließ den Stadtverordneten eine Vorlage zu, [illegible] in der um Genehmigung zum Weiterbau der über die Elbe führenden Eisenbahnbrücke ersucht wird, deren Bau bei Kriegsbeginn eingestellt worden war. Die Ausführung des Brückenbaues wird jetzt auf nicht weniger als 4 Millionen Mark höher berechnet als im Friedensvoranschlag.

† **Weimar,** 29. Juli. Bei den städtischen Behörden war der hiesige Arbeiterrat vorstellig geworden und hatte in ziemlich tatarischer Form „ein" Kontrollrecht geltend gemacht, das zwar nicht im mindesten juristisch begründet ist, aber als „selbstverständliches Recht der Revolution" begründet wurde. In der letzten Sitzung des Gemeinderates wurde nun unter sächsischer Begründung sowohl seitens des Oberbürgermeisters als auch der bürgerlichen Parteien das Ansinnen des Arbeiterrates zurückgewiesen und der die Arbeiterräte vertretenden Linken klar gemacht, daß jetzt keine Revolution mehr sei und wir jetzt eine Regierung mit selbstgewählter Verfassung haben, so daß die Arbeiterräte ihre Existenzberechtigung verloren hätten. Jedenfalls hätten sie keinesfalls irgendwelches Kontrollrecht sich den städtischen Behörden gegenüber anzumaßen.

† **Leipzig,** 29. Juli. Bei einer Untersuchung, die nach größeren Unruhen in Leipzig vorgenommen wurde, hat sich herausgestellt, daß von 400 in Matrosenuniform verhafteten Personen, nur 50 zum Tragen dieser Uniform berechtigt waren, die übergroße Mehrzahl sich also zu Unrecht als Angehörige der Marine ausgab.

Im Buchengrund.

Original-Roman von H. Courths-Mahler.

26. Fortsetzung. (Nachdruck verboten.)

„Du bist wirklich ein tapferes Kerlchen, wie Onkel Doktor immer sagt. Aber von der Zukunft abgesehen — wie werden wir über die Gegenwart hinwegkommen? Du hast hier die Miete zu bezahlen — wir verursachen dir täglich eine Menge Kosten und —"

„Davon reden wir kein Wort mehr, Lena! Du sollst nicht daran denken. Das ist meine Sorge, ich schaffe schon Rat. Vorläufig besitze ich noch Geld. Onkel Doktor hat dafür gesorgt, daß die Operationskosten und beim Aufenthalt im Sanatorium erst bezahlt zu werden brauchen, wenn beim Mann kommt. Du sollst dich ganz sorglos in das Sanatorium begeben und nichts weiter denken, als daß du gesund werden mußt. Darauf sollst du deine ganze Willenskraft konzentrieren. So sagt Onkel Doktor, der sehr unzufrieden ist, wenn du dich niederdrücken läßt. Daß Wally gut bei mir aufgehoben ist, weißt du. Wenn du so weit bist, daß du Besuche empfangen darfst, besuchen wir dich. Und wenn der Frühling ins Land zieht, dann holen wir dich ab. Damit du aber ganz beruhigt bist, will ich dir sagen, daß ich über die Zukunft schon ziemlich nachgedacht habe. Die Wohnung hier gebe ich natürlich auf, da sie für mich allein zu teuer ist. Von den lieben alten Möbeln suche ich mir aus, was ich für ein Schlafzimmer und ein Arbeitszimmer brauche. Was du eventuell mitnehmen willst, suchen wir aus. Alles andere verkaufen wir, und den Erlös teilen wir uns schwesterlich."

„Nein, nein, Julia, ich nehme nichts — nicht einen Pfennig! — habe doch damals meine Aussteuer bekommen. Alles, was Mutter hinterlassen hat, gehört dir."

Jutta lächelte.

„Nun, darüber werden wir uns nicht zanken. Jetzt bist du hoffentlich deiner Zukunft beruhigt. Ich habe ja noch Onkel Doktor und Tante Maria. Bei ihnen finde ich immer ein warmes Plätzchen zum Ausruhen von des Tages Last und Mühe. Nun wollen wir nicht mehr an so schwere Dinge denken. Gleich wird Onkel Doktor hier sein und dich abholen. Es ist nur eine große Beruhigung, daß er dich selbst in das Sanatorium bringt."

Gleich nach dieser Unterhaltung erschien Doktor Görger. Lena nahm kurzen, innigen Abschied von ihrem Kinde. Dann ging sie tapfer und still mit dem alten Herrn die Treppe hinab.

Ehe sie unten in den bereitstehenden Wagen stieg, sah sie noch einmal zu den Fenstern empor. Da erblickte sie Wallys blondes Lockenköpfchen neben Jutta. Noch ein Winken der Hände — dann rollte der Wagen davon.

Jutta preßte Wally fest an sich.

„Jetzt wollen wir beten, Wally, für das liebe Mütterlein, daß der liebe Gott sie beschützt", sagte sie leise.

Wally nickte eifrig, und faltete in drolligem Ungeschick die kleinen Hände.

„Lieber Dott tann alles", sagte sie überzeugt, einen Ausspruch der Mutter in drolliger Wichtigkeit kopierend.

Das fiel wie eine Verheißung in Juttas sorgenvolles Herz.

*

Doktor Görger saß inzwischen im Wagen Lena gegenüber und blickte in ihr blasses, stilles Gesicht. Dann nahm er ihre Hände in die seinen.

„Na, kleines Negerfrauchen, nun bloß keine Angst haben, sondern hübsch vergnügt sein. Ist ja nicht schlimm, was dir bevorsteht. Das geht alles ganz glatt. Die Liegekur nach der Operation wird deinen Nerven gut tun. Kommst du im Frühjahr wieder heraus, dann schicken wir dich aufs Land, in eine waldreiche Gegend. Wenn dann dein Mann im Sommer nachkommt, bist du wieder frisch und munter, und ihr könnt euch des schönen Lebens freuen."

Lena sah ihn mit ihren schönen Augen ernst an.

„Ach, lieber Onkel Doktor, um die Operation sorge ich mich nicht so sehr. Es drückt mich nur so nieder, daß ich Jutta so viel Sorge aufpacke. Sie hat wahrlich schon für sich selbst zu sorgen."

„Na, na, Lena, du hast keine grauen Haare wachsen, die Jutta läßt sich so leicht nicht unterkriegen."

„Ich weiß, sie ist stark und unverzagt. Aber bedenke doch, es ist ja unmöglich, daß sie alles schaffen kann, was wir brauchen. Wenn wir auch dank deiner gütigen Vermittlung im Sanatorium erst zu bezahlen brauchen, wenn Georg kommt, so muß ich doch bis ohne sehr viel kein. Wenn du mich nun gar noch im Frühjahr aufs Land schicken willst — ach, daran ist ja gar nicht zu denken!"

Doktor Görger strich sich bedächtig über den Bart.

„Hm! Es ist scheußlich, daß ich kein reicher Mann bin. Da sitzen meine vier Kinder in allen Gegenden des lieben deutschen Reiches zerstreut mit ihren Männern, Frauen und Kindern. Was Tante Maria und ich nur irgend flüssig machen können, darauf warten die schon immer unrichtig. Sie brauchen alle noch unsere Hilfe."

„Aber lieber Onkel Doktor, das wissen wir doch nur zu gut! Ihr tut schon so viel Gutes an uns, daß wir euch nie, nie genug danken können."

„Na, na, laß nur das Danken, das zeht mir auf die Nerven. Ich wünschte, ich könnte mehr tun, um euch beiden Prachtfrauenzimmerchen geraten zu helfen. Ein schöner Doktor, der seinen Patienten allerlei verordnet, was sie nicht erschwingen können! Aber aufs Land muß du doch. Berlin ist nichts für dich. Na, kommt Zeit, kommt Rat! Ich werde mal in meinen Mußestunden ein bißchen nachdenken."

Lena drückte krampfhaft seine Hand. Und Hand in Hand, wie Vater und Tochter, fuhren sie schweigend weiter.

Der alte Herr grübelte auch jetzt darüber nach, wie er den Schwestern eine wirksame Hilfe leisten könne. Und da fiel ihm Frau Laura von Hohenegg, verwitwete Brinkmeyer, geborene Seidel, ein — dieselbe Tante Laura, die Freds Stuben bezahlt hatte, nachdem er, Doktor Görger, sie im Interesse der beiden Damen darum gebeten hatte.

Ein Lächeln huschte um seinen Mund, als er an Laura von Hohenegg dachte. Er kannte sie aus der Jugendzeit, als sie noch Fräulein Seidel hieß. Als sein Freund Fritzner sich damals um seine spätere Gattin bemerben hatte, war Doktor Görger oft mit ihm zu Gaste in dem Hause von deren Eltern gewesen. Dort hatte er Laura Seidel kennen gelernt. Sie war ihm weder sehr hübsch, noch sehr klug oder angenehm erschienen. Ihrem Wesen und ihrem Äußeren hatteie der Stempel des Gewöhnlichen an.

Deutlich genug hatte sie ihm damals zu verstehen gegeben, daß er ihr nicht gleichgültig sei. Aber abgesehen davon, daß Laura Seidel ihm nicht sonderlich gefiel, hatte er damals schon sein Herz an seine spätere Gattin verloren. Als er dann so weit war, eine Familie zu gründen, hatte er sich mit Maria verlobt. Wenige Tage darauf hatte Laura Seidel die Bewerbung des Maschinenfabrikanten Brinkmeyer, eines wenig gebildeten Mannes, angenommen. Laura hatte bis dahin nichts von Brinkmeyer wissen wollen, dann verlobte sie sich plötzlich mit ihm.

Doktor Görger dachte, daß Laura Seidel ein sehr gutmütiges, aber dem Anschein nach recht unbedeutendes Geschöpf gewesen sei. Eingehend hatte er sich nie mit ihr befaßt, gerade, weil er gemerkt hatte, daß er ihr nicht ebenbürtig war. Er wollte keine unerfüllbaren Hoffnungen in ihr wecken. Sie hatte ihm sehr leid getan, als er sah, wie sie frisches Gesicht erbleichte, als sie seine Verlobung mit Maria erfuhr. Aus Lauras Augen bitte ihn damals ein so weher Blick getroffen, daß er sich, wenn er an sie dachte, unbehaglich gefühlt hatte, bis er ihre Verlobung mit Brinkmeyer erfuhr.

Als Brinkmeyers Gattin war sie bald mit diesem in eine Provinzstadt übergesiedelt, in der sich ihres Mannes Fabrik befand. Ab und zu hatte er von ihr gehört. Die Fabrikate ihres Mannes hatten reißenden Absatz gefunden; er hatte sie nach Jahren als schwerreiche Witwe zurückgefunden. Bald darauf hatte sie sich mit dem Freiherrn von Hohenegg verheiratet, dessen Gut in der Nähe der Provinzstadt lag, in der sie lebte. Seitdem schien ihr Charakter sich ungünstig verändert zu haben. Mit dem vornehmen Namen schien sie ein hartes, kaltes Herz bekommen zu haben; das hing aus ihrem Verhalten hervor.

Er mußte ein wenig vor sich hinlächeln. Die unbedeutende, ziemlich gewöhnlich aussehende Laura Seidel, die immer eine große Vorliebe für unfeidiame, auffallende Sachen hatte, konnte er sich mit dem besten Willen als vornehme Dame nicht denken. Liebenswürdig war sie sicher nicht geworden — eher das Gegenteil.

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319190730-10/fragment/page=0005

geworden, zahlreiche hauptamtliche Kreisschulinspektoren aus den abtretenden Gebieten anderweitig unterzubringen. Daher wird ein Teil dieser Kreisschulinspektionen durch diese hauptamtlichen Kreisschulinspektoren besetzt werden müssen. Das Ministerium wird aber bestrebt sein, soweit die Möglichkeit gegeben ist, den berechtigten Wünschen der Lehrerschaft Rechnung zu tragen und die Kreisschulinspektionen bewährten Volksschullehrern zu übertragen. Die zahlreich eingehenden Meldungen von Philologen und Theologen können nicht berücksichtigt werden, sofern sie nicht ganz besondere und langjährige Bewährung im Volksschuldienste aufweisen können.

•

Anordnung einer allgemeinen Volkszählung für den 8. Oktober 1919.

Schon im Jahre 1918 hat es sich herausgestellt, daß die Verschiebungen und Veränderungen im Bevölkerungsstande der einzelnen Gebietsteile des Reiches während eines Jahres so erheblich sind, daß die bei der Volkszählung am 5. Dezember 1917 ermittelten Zahlen nicht mehr als zuverlässige Unterlagen für die Verteilungsmaßnahmen des Reichsernährungsministeriums angesehen werden können. Es war daher für den 4. Dezember 1918 eine allgemeine Volkszählung angeordnet worden. Die stürmische Bevölkerungsbewegung während der Demobilmachung sowie die sonstigen damaligen Verhältnisse gaben jedoch Veranlassung, von der Vornahme der Volkszählung Abstand zu nehmen. Inzwischen hat aber gerade die Demobilmachung mit den durch sie eingetretenen Änderungen im Bevölkerungsstande die Notwendigkeit einer neuen Aufnahme der Bevölkerung noch verstärkt. Reichsministerium, Staatenausschuß und 28er Ausschuß der Nationalversammlung haben daher beschlossen, daß am Mittwoch, den 8. Oktober 1919 eine Volkszählung vorgenommen werden soll. Die Zählung wird in ähnlicher Weise wie im Jahre 1917 durchgeführt werden. Für jeden Haushalt ist eine Haushaltungsliste auszufüllen, in welcher alle in der Nacht vom 7. auf den 8. Oktober 1919 in der Haushaltung anwesenden Personen und in einem besonderen Abschnitt auch alle vorübergehend abwesenden Personen einzutragen sind. Die Zählung soll in erster Linie die Unterlage für eine gleichmäßige Verteilung der Lebensmittel bieten. Für die bei der Zählung über die Persönlichkeit des einzelnen gewonnenen Nachrichten ist das Amtsgeheimnis zu wahren. Für die Durchführung der Zählung wird wieder auf die freiwillige Beteiligung geeigneter Personen als Zähler zurückgegriffen werden müssen. Bei der Bedeutung der Zählung für die Versorgungsregelung liegt es im Interesse jedes einzelnen, daß die Zählung ein möglichst zuverlässiges Ergebnis liefert. Es muß daher erwartet werden, daß die gesamte Bevölkerung bestrebt sein wird, die Durchführung der Zählung nach Kräften zu unterstützen und zu erleichtern.

*

Mittelalterliche Volksspiele.
(32. Bildungsabend.)

Durch Wort und Schrift hatte man in den letzten Wochen auf die „Mittelalterlichen Volksspiele" hingewiesen und in Aussicht gestellt, daß von ihrer Aufführung ein hoher künstlerischer Genuß zuteil werde, da es sich um Darbietungen handele, denen ein ungewöhnlich geschichtliches und künstlerisches Interesse innewohne. Nun die ersten Aufführungen dieser alten Schauspiele am Montag stattgefunden haben, muß man es freudig aussprechen, daß die Darbietungen das, was von ihnen angekündigt war, voll und ganz gehalten haben. Eine tiefe Erhebung ging von dieser Volkskunst aus; fast konnte man von einer gottesdienstlichen Wirkung sprechen, die diesen innigen und ergreifend schlichten Spielen eigen war. Einbrücke, denen sich wohl kaum einer der zahlreichen Zuhörer hat entziehen können.

Kurz vor Beginn der Vorstellung richtete der Leiter der Bildungsabende, Oberlehrer Hemprich, dem Merseburg das Zustandekommen der Aufführung in erster Linie zu verdanken hat, kurze Worte der Begrüßung an die Zuschauer, wobei er besonders des freundlichen Entgegenkommens gedachte, das der Herr Regierungspräsident von Gersdorff und dessen Gemahlin bewiesen haben, als sie den großen Saal des Schloßgartenpavillons zur Verfügung stellten und für die Theatereinrichtung mit sorgten. Er wies auch hin auf die Schauspielertruppe Haaß-Berkow, die für Merseburg zu gewinnen gelungen sei, im Verein mit der Volkshochschule Jena.

Aber schon hörte man von außerhalb des Saales her, streng rhythmisch abgeteilt, ein naturwüchsiges deutsches Choriied: „Singen will ich aus Herzengrund, weils gibt das Gemüte mein; o Herr, gib mir's in meinen Mund, das kommt zum Lobe dein!" Herein singt, durch die Mitte des Saales nach der Bühne schreitend, die „Kumpanei", der Erzengel und Gottvater. Nun beginnt das Spiel auf der Bühne. Der Engel Gabriel begrüßt in schlichten, herzlichen Worten („Ein' schön' guten Abend geb' euch Gott") die Zuschauer, und wieder kommt die Kumpanei geschritten („Wir kommen daher von Bahnlon und singen euch all' mit Freuden an"), Adam und Eva mit sich führend, die aber gleichsam dieser Welt noch nicht angehören. Adam ruht noch in Gottes Schoße; Eva kann noch nicht sehen. Und nun erfolgt, begleitet von gesprochenem und gesungenem Wort, Erschaffung der beiden ersten Menschen. „Gott loben wir schon im höchsten Thron", so klingt es als ständiger Kehrreim im Gesang der Engel. Da kommt der Versucher, der Teufel, als listige schwarze Gestalt angesprungen und verführt die beiden zum Ungehorsam gegen das göttliche Gebot. Es folgt die Vertreibung aus dem Paradies. Während den Vertriebenen Gottes Verzeihung in Aussicht gestellt wird, muß sich „Satan, der Höllenhund", weg packen; „Staub und Erde soll sein' Speise sein". — Zum Schluß redet der Engel noch einmal die „ehrsamen, wohlweisen, großgünstigen Herrn, wie auch die tugendsamen Frauen und Jungfrauen in Ehren" an, bittet um Nachsicht, „wenn wir etwas gefehlet hier" und wünscht „von Gott dem Allmächtigen eine gute Nacht".

Wenn dem Paradiesspiel bei allem Ernste ein gewisser kindlicher Humor (z. B. im Auftreten des Satans) innewohnte, so war das 2. Stück, der Totentanz, von ungemein packender und erschütternder Wirkung. Es zeigt uns augenfällig, wie der Tod alles in seinen Bann zieht, und hohe Rücksicht auf Stand, Alter und Geschlecht über die Menschen herrscht. Wieder leitet ein Engelvorspruch das Stück ein. „Alles, was geboren wird, kommt in Not, daß es muß leiden den bitteren Tod". Von fünferlei Tod ist in dem Prolog die Rede; jeder Abschnitt wird begleitet von bedeutungsvollen Körperbewegungen. „Der allmächtige Tod führt den Reigen an. Er ruft die Einzelnen zu sich. Er spricht zu ihnen als Freund. Mit jedem tanzt er einen Tanz, der dem Wesen des dem Tode Verfallenen entspricht: Mit dem geplagten Bauern einen schwerfälligen Bauerntanz, mit der schönen Maid einen rasenden Wirbel." Der König, die Ehefrau, der Bauer, die Maid, der Richter, der Arzt, die Wucherin, der Landsknecht, der Abt, das kranke Mädchen, die Mutter mit dem Kind, sie alle zwingt er in seine Gewalt und führt sie zum Tanz. Alles wird unterstützt und begleitet von Musik. Zuletzt richtet der Tod ernste Worte an die Zuschauer: „Wie jung, wie schön oder kraus, ich ruf euch alle zum Tanz heraus".

Die mittelalterlichen Volksspiele unterscheiden sich in vielem von der heutigen Bühnenkunst. „Nach dem Vorbilde der gleichzeitigen Kunst, nach dem Muster der alten deutschen Malerei sind die Bühnenbilder mit einer erstaunlichen Feinheit des Farbensinnes und der plastischen Gestaltung und Gruppierung geschaffen. — Die Geschlossenheit der Bühnenbilder, die Gehaltenheit, das Ebenmaß und die Einheitlichkeit in den Bewegungen der Darsteller erzeugen den Eindruck, daß das zeitliche Geschehen hinausgehoben ist ins Unbedingte und Ewige." Nicht das Dichterwort ist die Hauptsache; vielmehr übt das Bühnenbild, das bei seiner rührenden Einfachheit doch so unendlich viel zu sagen hat, die größte Wirkung aus. Hohe Anerkennung verdient es auch, wie die Schauspieler sich in ihre Rolle hineingelebt hatten und sich von dem Geist der Dichtung führen ließen.

So bedeutete die Aufführung der mittelalterlichen Spiele für unsere Stadt wirklich ein Ereignis, und wir freuen uns, wenn wir hören, daß für spätere Zeit eine weitere Darbietung der Haaß-Berkow-Truppe in Aussicht genommen ist. — Viel Dank gebührt dem Herrn Regierungspräsidenten, der den so schön hergerichteten Saal bereitwilligst hergegeben hat, aber auch dem Leiter des Bildungsabends (denn ein solcher sollte es sein), Herrn Seminaroberlehrer Hemprich, der unermüdlich die schwieriger und verantwortungsvollen Vorarbeiten unverdrossen auf sich genommen und bewältigt hat. Vor allem sei aber auch der Schauspielertruppe volle Anerkennung und hohe Bewunderung ausgesprochen.

G.

Preise markenfreier Nahrungsmittel
in der Woche vom 21. bis 26. Juli in folgenden Städten
nach Feststellungen der Arbeiterräte:

Nr.	Bezeichnung	Menge	Merseburg	Halle	Weißenfels	Mücheln	Schkeuditz	Lützen
1	weißes Fett	1/2 kg	14.50-17.-	16.—	—	15.—16.-	—	—
2	Speck	do.	12.—	—	11.75	—	—	2.50
3	Rohwurst	do.	7.—	—	—	—	—	—
4	Speckfisch	1 Stück	0.60bis1.20	1.25bis1.50	—	1.20	—	1.35
5	Salzheringe	do.	0.80bis1.50	1 1/2 kg 2.—	1.10bis1.30	—	1—	0.82
6	ger. Heringe	do.	1.—	0.50bis1.—	1.25bis1.30	—	1—	—
7	Kaffee	1/2 kg	12.-bis24.-	20.-bis28.-	—	23.—	—	28.—
8	Schokolade	do.	20.-bis35.-	13-bis12.-	—	20.—	—	—
9	Pfirsichen	1 Stück	0.40bis0.60	0.40bis0.50	1.30	—	0.60	0.50
10	Stachelbeeren	do.	Sauerl.1.50	1.40bis2.—	1.20	—	1.70	1.40
11	Blumenkohl	1 Stück	0.80bis3.—	1.50bis3.—	—	0.50	1.60	1.50
12	Gurken	do.	0.60bis1.75	1.50bis2.—	—	—	bis 2.20	0.50bis1.—
13	Mischobst	1/2 kg	0.50	5.—	—	5.—	6.—	0.75bis1.20
14	Backpflaumen	do.	6.—bis7.—	5.—	—	—	5.20	—
15	Mohren	do.	0.40	0.29bis0.42	—	—	1 Bd. 1.60	5.—
16	Spinat	do.	0.40	0.45	—	1 Bd. 0.50	0.45bis0.55	0.35
17	Spargel	do.	0.60	0.65	—	—	—	0.40
18	gr. Bohnen	do.	0.50	0.35	—	0.50	—	0.60
19	Zwiebeln	do.	—	28.-bis30.-	0.37	0.50	—	1 Bd. 0.30
20	Kakao	do.	23.—	0.50bis0.60	0.50	—	—	—
21	Apfelsinen	1 Stück	—	—	—	—	—	—
22	ger. Mal	do.	16.—	12.-bis14.-	—	—	—	—
23	Rindfleisch i. Dos.	1/2 kg	—	—	—	—	—	—
24	Johannisbeeren	do.	1.80	1.20	—	—	7.75	—

Kammer = Lichtspiele.

Ab Dienstag bis Donnerstag:

Neu!!! **Triumph des Lebens** Neu!!!

Prächtiges Drama in 4 Akten nach dem gleichnamigen Roman von Lola Stein.

In der Hauptrolle die reizende, allerliebste Künstlerin Ally Kollberg.

— Mädele ruck ruck ruck!!! —

Tolles Lustspiel in 3 Akten m. Lene Voß u. Alse Bois.

Die Memoiren des Satans!! 2. Teil.

Fanatiker des Lebens. Drama in 5 Akten.

Anfang 7½ Uhr.

Sozialdemokrat. Verein Merseburg * alte Partei.

Am Mittwoch, den 30. Juli, 7½ Uhr abends, findet im „Tivoli" eine

außerordentl. Mitglieder-Versammlung

statt. Das Erscheinen aller Mitglieder ist unbedingt notwendig.

Die Distriktsleitung.

Funkenburg.

Donnerstag, den 31. Juli, abds. 8 Uhr

grosses

Extrakonzert

ausgeführt vom Philharmonischen Orchester Merseburg (Leitung: Kapellmeister P. Franke).

Unter Mitwirkung des „Burgemeister-Gesangs Quartett" Halle.

Eintritt einschl. Steuer und Programm 1 Mk.

Bei ungünstiger Witterung findet das Konzert bestimmt im Saale statt.

Verbrennungs-Särge

aus Metall und Holz,

sowie großes Lager eichener und tieferner Pfostensärge

Metall-Särge.

Sarg-Magazin von O. Scholtz Ww.

Inhaber Gebr. Scholtz

Gotthardtstraße 34. Merseburg. Gotthardtstraße 34.

Zu dem vom 3.—7. August d. J. auf unserem Schützenplatze (Neues Schützenhaus) stattfindenden

großen Mann- und Preis-Schießen

der privileg.

Bürger-Scheiben-Schützen-Gilde zu Merseburg

erlauben wir uns ergebenst einzuladen. Das Direktorium.

*

Fest-Programm.

Sonntag, den 3. August:
Nachm. 3 Uhr: Beginn des Schießens; Konzert im Garten.
Von 4 Uhr an: Großer Volksball.

Montag, den 4. August:
Nachm. 2 Uhr: Beginn des Schießens.

Dienstag, den 5. August:
Nachm. 2 Uhr: Beginn des Schießens.
Abends 7½ Uhr: Gartenkonzert und Brillant-Feuerwerk.

Mittwoch, den 6. August:
Nachm. 2 Uhr: Beginn des Schießens.

Donnerstag, den 7. August:
Vorm. 11 Uhr: Beginn des Schießens.
Nachm. 3 Uhr: Ende des Schießens.
Nachm. 4—5 Uhr: Schießen auf die Königsscheibe.
Nachm. 6 Uhr: Proklamierung des Königs.
Abends 7 Uhr: Ball, nur für Mitglieder u. Gastschützen.

Einladungskarten sind bei Kamerad Reuber, Seffnerstraße, und Kamerad Eilenberger, Neues Schützenhaus, noch zu haben.

Neues Schützenhaus

Schützenfest-Woche:

Montag, den 4. August, 3 Uhr nachm.

großer Ball

Mittwoch, den 6. August, 3 Uhr nachm.

großer Ball

Täglich Varietee-Vorstellungen im kleinen Saal

Es ladet freundlichst ein
Der Festwirt: H. Eilenberger.

Pferde zum Schlachten

kauft

Arthur Hoffmann,

Brühl 6,

Roßschlächterei,

Fernruf Nr. 264.

Inhaber der Erlaubnis zum Ankauf v. Schlachtpferden.

Braunkohlpflanzen

hat abzugeben

Zeit, Meuschauer Mühle.

Prima Schokolade, Olivenöl, Kernseife

in kleinen und großen Mengen zu billigsten Preisen. Offerten unt. 300 an die Exped. d. Bl.

Täglich frisch:

Grüne Bohnen, Wachsbohnen, Weißkohl, Wirsing, Möhren, Kohlrabi.

Hausfrauen-Verein.

Kochbirnen, Wirsing- u. Weißkohl

große, feste Köpfe,

grüne Bohnen

zu herabgesetzten Preisen empfiehlt

Gemüsebau Aschmühle.

Zur Ernte!

Getreidemäher, Grasmäher,

4½ und 5 Fuß mit Anhaublech,

Pferdeschleppbaken und Kartoffelroder

(neueste Marke).

B. Bornscheln

Maschinenfabrik,

Lauchstedt.

Läuferschweine und pa. futterfeste Ferkel

stehen billig zu verkaufen.

P. Nachsel, Gr. Ritterstr. 12.

Cinophon-Theater

Gr. Ritterstr. 1 Fernruf 215

Ab Dienstag bis Donnerstag:

Nachtschatten

Ergreifendes Sittenbild in 4 Akten

Das Hexlein von Groß-Thornau

Drama in 4 Akten mit Lotte Neumann

Die Liebesprobe

Lustspiel in 3 Akten

Gastwirte von Stadt und Kreis Merseburg

Donnerstag, den 31. Juli, nachmittags 4 Uhr,

Oeffentliche Versammlung

in Merseburg, Gasthof zur goldenen Kugel. Herr Amtssekretär a. D. Emil Müller aus Halle a. S. spricht über

„Die kommende Vermögensabgabe und die richtige Aufstellung der Vermögens-Verzeichnisse".

Im Anschluß an den Vortrag: Freie Fragestellung über Gastwirtschaftsangelegenheiten und Steuersachen. Der Vortrag beginnt pünktlich.

Verein der Gastwirte von Merseburg und Umgegend.

„Neu-Amicitia"

Mittwoch, den 30. Juli, von abends 7 Uhr an, im „Casino",

Ball.

Hierzu ladet ein Der Vergnügungsausschuß.

Einen Transport

Ferkel

verkauft

Ernst Baumann, Gotthardtstr. 30.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319190730-10/fragment/page=0006

Merseburger Korrespondent

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreis: Vierteljährlich 4,60 Mk.; durch den Boten frei ins Haus 4,80 Mk.; durch die Post 4,80 Mk. ausschließlich Bestellgeld; durch unsere Vertreter auf dem Lande 4,90 Mk. Einzelnummer 10 Pfg.
Geschäftsstelle: Kleine Ritterstr. 3.

Neueste Nachrichten für Stadt und Kreis Merseburg

Anzeigenpreis: Für den siebengespaltenen Millimeterraum 15 Pfg. im Reklameteil 50 Pfg., für Ziffernanzeigen und Nachweisungen entsprechender Aufschlag. Platzvorschrift ohne Verbindlichkeit. Schluß der Anzeigen-Annahme: 10 Uhr vormittags.
:—: Telefon Nr. 324. :—:

Nr. 167 — Mittwoch, den 30. Juli 1919. — 46. Jahrg.

Tage des Gerichts.

Die Rechtsparteien und mit ihr alle, die beschuldigt sind, als Kriegshetzer und Kriegsverlängerer tätig gewesen zu sein, machen nach der Erzberger-Rede verzweifelte Anstrengungen, um sich von aller Schuld zu lösen. Ludendorff heißt plötzlich Haase: er weiß von nichts. Helfferich entschuldigt seine Unwissenheit mit Urlaub und Michaelis, der damalige Reichskanzler versucht es mit einer Ausrede. Aber diese Ausrede ist keine Ausrede, sie entlastet den Reichskanzler nicht, sondern belastet ihn nur. Gegenüber allen Verdunkelungsversuchen muß noch einmal festgestellt werden, was im August 1917 geschehen ist.

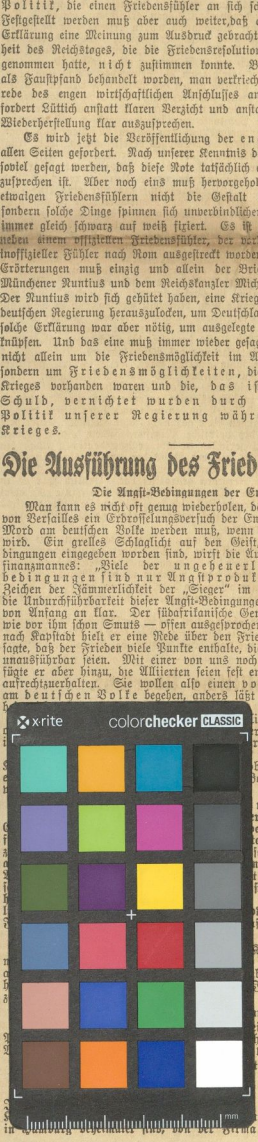
Der Münchener Nuntius richtet einen Brief an Michaelis, in dem er von dem englischen Friedensfühler spricht. Michaelis versucht auch in keiner Weise, die politische Bedeutung dieses Fühlers herabzumindern. Das geht daraus hervor, daß er einen Kronrat im Schlosse Bellevue durchsetzt. Ihm erscheint nur der direkte Rückweg über den Nuntius als nicht geeignet, und er wählt aus taktischen Gründen einen Umweg über Spanien. Fest steht weiter, daß die Erklärung hinsichtlich der belgischen Frage, die nach Spanien gegeben wurde, anders lautete als die, die nahezu vier Wochen später an Pacelli gesandt wurde. Wir haben also wiederum das Bild einer zweideutigen deutschen Politik, die einen Friedensfühler an sich schon totschlagen mußte. Festgestellt werden muß aber auch weiter, daß auch in der spanischen Erklärung eine Meinung zum Ausdruck gebracht wurde, der die Mehrheit des Reichstages, die die Friedensresolution vom Juli 1917 angenommen hatte, nicht zustimmen konnte. Belgien ist immer noch als Faustpfand behandelt worden, man verkriecht sich hinter der Ausrede des engen wirtschaftlichen Anschlusses an Belgien, Ludendorff fordert Lüttich anstatt klaren Verzicht und anstatt Bereitwilligkeit zur Wiederherstellung klar auszusprechen.

Es wird jetzt die Veröffentlichung der englischen Note von allen Seiten gefordert. Nach unserer Kenntnis der Dinge kann darüber soviel gesagt werden, daß diese Note tatsächlich als Friedensfühler anzusprechen ist. Aber noch eins muß hervorgehoben werden: Man gibt etwaigen Friedensfühlern nicht die Gestalt von offiziellen Noten, sondern solche Dinge spinnen sich unverbindlicher ab und werden nicht immer gleich schwarz auf weiß fixiert. Es ist durchaus möglich, daß neben einem offiziellen Friedensfühler, der verbunden war, auch ein inoffizieller Fühler nach Rom ausgestreckt worden ist. Grundlage aller Erörterungen muß einzig und allein der Briefwechsel zwischen dem Münchener Nuntius und dem Reichskanzler Michaelis sein und bleiben. Der Nuntius wird sich gehütet haben, eine Kriegszielerklärung aus der deutschen Regierung herauszulocken, um Deutschland zu schädigen. Eine solche Erklärung war aber nötig, um ausgelegte Friedensfäden zu verknüpfen. Und das eine muß immer wieder gesagt werden: Es hat sich nicht allein um die Friedensmöglichkeit im August 1917 gehandelt, sondern um Friedensmöglichkeiten, die während des ganzen Krieges vorhanden waren und die, das ist die historische Schuld, vernichtet wurden durch die zweideutige Politik unserer Regierung während des ganzen Krieges.

Die Ausführung des Friedensvertrages

Die Angst-Bedingungen der Entente.

Man kann es nicht oft genug wiederholen, daß der Friedensvertrag von Versailles ein Erdrosselungsversuch der Entente ist, der zu einem Mord am deutschen Volke werden muß, wenn er streng durchgeführt wird. Ein grelles Schlaglicht auf den Geist, von dem diese Bedingungen eingegeben worden sind, wirft die Äußerung eines Ententefinanzmannes: „Viele der ungeheuerlichen Friedensbedingungen sind nur Angstprodukte.“ Das ist doch ein Zeichen der Jämmerlichkeit der „Sieger“ im Weltkrieg. Auch über die Undurchführbarkeit dieser Angst-Bedingungen sind sich die Gegner von Anfang an klar. Der südafrikanische General Botha hat es — wie vor ihm schon Smuts — offen ausgesprochen. Bei seiner Rückkehr nach Kapstadt hielt er eine Rede über den Friedensvertrag, in der er sagte, daß der Frieden viele Punkte enthalte, die nach seiner Meinung unausführbar seien. Mit einer von uns noch nicht erreichten Logik fügte er aber hinzu, die Alliierten seien fest entschlossen, den Frieden aufrechtzuerhalten. Sie wollen also einen vorsätzlichen Mord am deutschen Volke begehen, anders läßt sich diese Entschlossen-



Neueste Nachrichten.

Renner über Deutsch-Oesterreich.

Wien, 29. Juli. Nach einer Meldung des Korr.-Büros hat der Staatskanzler Dr. Renner an den Präsidenten Dr. Seitz ein Schreiben gerichtet, in dem er u. a. ausführt: Eine Mauer von Vor- und Fehlurteilen ist gegen unser Volk im Auslande aufgerichtet. Man kennt dort nicht die stark beschränkten Verhältnisse, in denen wir zu leben gezwungen waren, und kennt auch nicht den Grad der Einflußlosigkeit unseres Volkes auf die Geschichte des Reiches. Wohl dämmert im Volke schon die Ahnung, daß uns furchtbares Unrecht geschehen, aber vielfach sind seine Völker durch Verträge gebunden, die sie selbst im Drange der Kriegsereignisse geschlossen haben, und welche sie jetzt nicht wieder lösen können. Man muß sich mit dem Gedanken vertraut machen, daß dieser Friedensvertrag noch kein Instrument des Rechtes ist, sondern eine Schöpfung des Krieges wird, der bekanntlich immer mehr Unrecht schafft, als er tilgt. Deshalb allein wird unser Volk noch nicht verzweifeln, so lange es die Berufung an eine höhere Instanz offen sieht. Diese höhere Instanz kann der Völkerbund werden, wenn er sich tatsächlich als eine friedliche Vertretung aller abendländischen Kulturvölker auf der Grundlage der Freiheit und Gleichheit weiter entwickelt. Deutsch-Österreich kann in der Lage, in der es sich befindet, kaum leben. Es wird nicht Großmachtpolitik, noch auch Nachbarschaftspolitik machen, sondern ausschließlich Völkerbundspolitik. Es braucht Ruhe und wünscht in keine der Affären Europas verwickelt zu werden, am allerwenigsten aber einbezogen zu werden in einen neuen Balkan, zu dem sich der Südosten Europas zu entwickeln droht.

Die Pleite der ungarischen Räteregierung.

Wien, 29. Juli. (Priv.-Telegr.) Infolge der Niederlage der Roten Armee ist die Stellung der ungarischen Räteregierung sehr erschüttert. Heute erschien ein ungarischer Volkskommissar bei den Wiener Entente-Vertretern und machte den Vorschlag, man möge Verhandlungen einleiten, die den friedlichen Rücktritt der Räteregierung und die Einsetzung eines neuen Regimes in Ungarn zum Zwecke hätten. Dieser Vorschlag wurde von dem englischen Obersten Cuningham nach Paris weitergegeben.

Wilhelm II in den Tower.

Rotterdam, 29. Juli. (Priv.-Telegr.) Die Londoner „Times“ will erfahren haben, daß im Tower in London Räume für die Aufnahme des ehemaligen deutschen Kaisers hergerichtet werden.

Rücktritt finnischer Truppenführer.

Amsterdam, 29. Juli. (Priv.-Tel.) Der hiesige Telegraf meldet aus London, daß die „Times“ aus Helsingfors berichtet: General Mannerheim hat seine Stelle als Oberbefehlshaber der finnischen weißen Garde niedergelegt. Auch der General Linder ist von seiner Stelle als Inspekteur der Kavallerie zurückgetreten.

Beendigung des Telegraphenarbeiterstreiks in Berlin.

Berlin, 29. Juli. (Priv.-Telegr.) Der Telegraphenarbeiterstreik kann als beendet angesehen werden. Die am 22. Juli entlassenen Angestellten werden wieder eingestellt. Die Arbeit wird heute wieder aufgenommen. — Der Schiedsspruch im Streik in den Siemenswerken wurde von den Arbeitern noch nicht endgültig anerkannt.

Der Schiedsspruch im Siemens-Streik.

Berlin 29. Juli. (Priv.-Telegr.) In später Nachtstunde hat das Schiedsgericht in der Metallindustrie die Entscheidung über die Streitigkeiten zwischen der Leitung der Siemens-Schuckertwerke und ihren Arbeitern getroffen. Der Schiedsspruch hat folgenden Wortlaut: Der Schlichtungsausschuß ist der Auffassung, daß der Betriebsleitung das Recht gewährt werden muß, Bekanntmachungen, die sie im Interesse des Betriebes zu machen hat, am schwarzen Brett und daß kein Arbeiter oder Angestellter berechtigt ist, solche Anschläge zu entfernen. Die Bekanntmachungen sind jedoch, soweit sie Arbeiterfragen betreffen, vorher dem Arbeiterausschuß bezw. Arbeiterrat vorzulegen.

85 Milliarden als erste Rate.

Rotterdam, 29. Juli. (Priv.-Telegr.) Reuterbüro meldet aus Paris, daß die Alliierten die erste finanzielle Anforderung an Deutschland von dem Jahresabschluß 1919/20 auf 85 Milliarden Mark festgesetzt haben.

Der Handelsverkehr mit England.

Köln, 29. Juli. (Priv.-Telegr.) Der „Köln. Ztg.“ wird aus Paris gemeldet: Die englische Regierung veröffentlichte ein Memorandum, das die Bedingungen festsetzt, unter denen der Handel mit Deutschland und den anderen feindlichen Ländern nach der Aufhebung der Blockade wieder aufgenommen werden kann. Dieses Dokument unterstreicht besonders, daß es im Interesse Englands liegt, die Einfuhr nach Möglichkeit zu fördern. Waren aller Gattungen können auch aus Deutschland ohne Lizenzen eingeführt werden.

Buenos Aires mit Weizen und Futtermitteln befrachtet und nach Hamburg, Bremen, Emden und Rotterdam abgefertigt. Von den nach Hamburg bestimmten Schiffen ist der erste der Hamburg-südamerikanischen Dampfschiffahrtsgesellschaft gehörige Dampfer „Ztajthy“ von Buenos Aires kommend am Sonntag in Hamburg eingetroffen. Er überbringt von La Plata 6500 Tonnen Weizen. Die anderen beiden nach Hamburg bestimmten Schiffe sind die Dampfer „Vera“ und „Oehringen“. „Vera“ hat La Plata am 5. Juli und „Oehringen“ am 13. Juli verlassen. Die beiden Dampfer bringen im ganzen eine Ladung von über 12 000 Tonnen. Nach Bremen sind die Dampfer „Planen“, „Irmgard“ und „Alster“, nach Emden die Dampfer „Irma“ und „Sofia“ und nach Rotterdam die Dampfer „Elbe“, „Derindje“ und „Warrenga“ bestimmt.

Selbst Fährschiffe werden beschlagnahmt.

Wie es heißt, will die Entente auch die beiden deutschen Fähren zwischen Warnemünde und Gedser beschlagnahmen. Eine Kommission von Ententefachleuten soll sich deshalb in Warnemünde aufhalten. Die beiden Schiffe sind mehr als 1600 Tonnen groß. Man hofft aber, daß diese Schiffe eine Ausnahme erfahren werden, da sie einem besonderen Zweck, der Verbindung mit dem benachbarten neutralen Ausland, dienen. Wenn das aber nicht gelingt, so ist es möglich, daß die Entente auch die Fährschiffe zwischen Saßnitz und Trelleborg beschlagnahmt. Dann würde Deutschland völlig von den skandinavischen Ländern abgeschnitten sein.

Zur Lage im Reiche.

„Erzbergers Volksbetrug.“

In der „Kreuzzeitung“ erklärt Staatssekretär a. D. Helfferich in einer längeren Darlegung unter der Überschrift „Erzbergers Volksbetrug“: Das Telegramm des Foreign-Office an den britischen Gesandten beim Vatikan müsse im ungekürzten Text in der Ursprache unter allen Umständen veröffentlicht werden, und macht dann im Wesentlichen folgende ausführliche Feststellungen, die sich zum Teil inhaltlich mit seinen früheren Ausführungen und mit den Darlegungen des Dr. Michaelis decken.

Helfferich präzisiert seine früheren Ausführungen folgendermaßen:

1. Das Telegramm des Foreign Office an den britischen Gesandten beim Vatikan war nichts anderes als eine Stellungnahme zu der Note, die der Papst am 1. August an alle kriegführenden Mächte gerichtet hatte. Das Telegramm war also kein Schritt aus der Initiative der englischen Regierung.
2. Der Inhalt des Telegramms ist nichts weniger als ein Friedensangebot.
3. Der ernste Wille des Papstes, den Frieden herbeizuführen, hat ihn kaum aussichtslosen Versuch unternehmen lassen.
4. Der Reichskanzler und der Staatssekretär des Auswärtigen haben den Nuntiusbrief zum Anlaß genommen, eine Entscheidung des Kaisers herbeizuführen, die ihnen für die lückenlose Wiederherstellung der belgischen territorialen Integrität und der vollen belgischen Souveränität vollkommen freie Hand gab.
5. Die neutrale Vertrauensperson wurde dahin informiert, daß Voraussetzung für die Friedensverhandlungen sei, die Erhaltung unseres vorkriegerischen Besitzstandes, einschließlich der Kolonien, die Abstandnahme von Kriegsentschädigungen und der Verzicht auf einen Wirtschaftskrieg nach dem Kriege.
6. Die Nachprüfung der britischen Friedensbereitwilligkeit und Handelsbereitschaft hatte ein negatives Ergebnis.

Kühlmann schweigt.

Die Mitteilungen des Generals Ludendorff zu dem Friedensschritt des Nuntius Pacelli im Sommer 1917 deuten zum Schluß darauf hin, daß der damalige Staatssekretär von Kühlmann genau Aufsicht über den Verlauf dieser diplomatischen Vorgänge geben könne. Die „B. Z.“ hat durch ihren Münchener Vertreter bei Herrn von Kühlmann anfragen lassen, ob er zu den Ausführungen des Generals Ludendorff Stellung nehmen wolle. Herr von Kühlmann antwortete daraufhin:

„Das verantwortliche Reichskabinett ist meiner Ansicht nach zuständig, zu finden, was über wichtige diplomatische Vorgänge in der nächsten Zeit veröffentlicht werden kann. Ich persönlich halte mich zu Publikationen über vertrauliche Vorgänge während meiner Amtszeit ohne Ermächtigung des Auswärtigen Ministeriums nicht für befugt, möchte auch deren Nutzen für unsere Gesamtpolitik bezweifeln. Eine völlige Klärung wird wohl nur möglich sein durch ein Verfahren wie das vor dem Staatsgerichtshof geplante, bei welchem an der Hand des gesamten Aktenmaterials die politischen Ereignisse in ihrem Zusammenhang geprüft werden können.

Dazu wird aus Berlin gemeldet: Staatssekretär von Kühlmann ist von seinem Sommersitz in Bayern in Berlin eingetroffen, um sich der Regierung für die Aufklärung der von Erzberger aufgeworfenen Fragen zur Verfügung zu halten.

Czernin gegen Erzberger.

Das vom Grafen Czernin in der Wiener Presse zum Fall Erzberger veröffentlichte Telegramm, über dessen Inhalt wir bereits orientierten, hat folgenden Wortlaut:

Soweit ich aus den Ausführungen der Presse beurteilen kann, gibt die Rede Erzbergers kein erschöpfendes Bild der Vorgänge. Viele ungemein wichtige Vorgänge werden gar nicht erwähnt und dadurch entsteht ein falsches Bild.

Was meinen von Erzberger erwähnten Bericht vom April 1917 anbelangt, in welchem ich zu einer Beendigung des Krieges durch territoriale Opfer der Mittelmächte riet, so war dieser Bericht ausschließlich für die beiden Kaiser und den Reichskanzler bestimmt. Es bestand damals die begründete Hoffnung, zu einem Verständigungsfrieden, wenn auch mit Opfern, zu gelangen. Von einer nichtverantwortlichen Seite wurde dieser Bericht ohne mein Wissen und hinter meinem Rücken Herrn Erzberger gegeben, welcher denselben nicht geheimhielt. Ich muß aber ausdrücklich konstatieren, daß Herr Erzberger bona fide vorging und der begründeten Überzeugung war, im Sinne seiner Auftraggeber zu handeln, als er die streng geheimgehaltene Tatsache bekanntgab. Der Inhalt dieses Berichtes kam durch das Vorgehen Erzbergers zur Kenntnis unserer Gegner. Jeder, der meinen Bericht liest, kann eine Vorstellung von den Folgen machen. Die Darstellung des Grafen Wedel ist, soweit wie sie mir bekannt ist, völlig richtig. Im übrigen läßt sich seine Darstellung, die vieles andere gar nicht erwähnt, durch Dokumente beweisen, die in meinem Besitze sind. Ich erfuhr von der Übergabe meines Berichtes an Erzberger erst, als es zu spät war.

Die vom Grafen Wedel jetzt besprochenen Tatsachen sind aber nur Glieder einer ganzen Kette unverantwortlicher Nebenpolitik, deren Umfang ich erst ein Jahr später entdeckte und welche meine Demission veranlaßt hatte. Mein demnächst über den Weltkrieg erscheinendes Buch wird, soweit ich es für geboten halte, Klarheit über die politischen Vorgänge bringen und, gestützt auf Dokumente, die Wahrheit erweisen.

Czernin.

Verhaftung des Bankbeamtenführers Marx.

Berlin, 29. Juli. Gegen den radikalen Bankbeamtenführer Emonts hat der Staatsanwalt wegen seiner Flucht und wegen seines Erscheinens bei einer Versammlung im Lehrervereinshaus ein Ermittlungsverfahren eingeleitet. Zu diesem war auch der Führer des Allgemeinen deutschen Bankbeamtenverbandes Marx als Zeuge geladen und vernommen worden. Im Laufe der Verhandlung kam der Staatsanwalt immer mehr zu der Überzeugung, daß Marx die Flucht des Emonts begünstigt habe. Der Staatsanwalt hat gestern, da er eine Verdunkelung der Tatsachen befürchtet, die Verhaftung des Marx verfügt.

Das Abflauen der Berliner Streiks.

Nachdem in der Berliner Metallindustrie der Schmiedestreik durch einen Vergleich des Schiedsgerichts beendet ist, kann auch der Betrieb in den stillgelegten Siemens- und Schuckertwerken wieder aufgenommen und vor allem die entlassenen Arbeiter in sämtlichen Werken wieder eingestellt werden. Damit ist wahrscheinlich in der Metallindustrie der Frieden zum größten Teil wiederhergestellt. Man hofft, daß die Verhandlungen zwischen den Leitern der Siemens- und Schuckertwerke und ihren Arbeitern zu einem allseitig befriedigenden Ergebnis führen werden. Zu diesem Zwecke finden Montag vormittags Verhandlungen vor dem Schiedsgericht statt, an denen auch ein Vertreter des Reichsarbeitsministeriums teilnehmen wird.

Auch im

Streik der Berliner Telegraphenarbeiter

ist durch die Nachgiebigkeit der Behörden eine Entspannung eingetreten. In einer Versammlung am Sonntag teilte der Führer der Streikleitung,

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319190730-10/fragment/page=0007